Nummer 23 Berlin, 5. Juni 1914 26. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Nun frisch ans Werk! — Die Handelspolitik und die christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie (VIII). — Die christliche „Textilarbeiter-Zeitung" und die Politischerklärung von Gewerkschaften. — Der freie Sonnabendnachmittag in der holländischen Textilindustrie. — Fortschritte gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit in unserem Verbande. — Moderne Dollar-Jäger. — Strangfärber von Barmen! — Allgemeine Wochenschau. — Warnung. — Das internationale Mitgliedsbuch. — Nachwahl im 4. Kreis zum Internationalen Textilarbeiter- und zum Gewerkschaftskongreß. — Generalversammlung. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streikfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Die mahnenden Weberleichen von 1844. — Monatsrevue über das Textilgewerbe.

Nun frisch ans Werk!

✡ Die Tagung des Verbandsparlaments ist vorüber. Zurückgekehrt sind die Vertreter der Mitglieder in ihre heimatlichen Wirkungskreise, und, wie wir hoffen, mit größerer Befriedigung, wie von der Generalversammlung in Stuttgart. Denn es kann gesagt werden: Die Generalversammlung in Dresden gehört mit zu den besten, die wir gehabt haben. Zwar große Fragen hatte sie nicht zu entscheiden; in dieser Beziehung reicht sie nicht an die Generalversammlung in Leipzig heran, wo nach heftigem Wortstreit nahezu einstimmig die Arbeitslosenunterstützung als neue Zweckbestimmung des Verbandes beschlossen wurde. Sonst aber, namentlich was den Geist betrifft, der die Verhandlungen von Anfang bis zu Ende beherrschte, kann die Generalversammlung in Dresden derjenigen von Leipzig als gleichwertig an die Seite gestellt werden.

Die Generalversammlung in Dresden war eine Versammlung zur Konsolidierung der Organisation. Es galt einmal, die ganze Konstitution des Verbandes einer kritischen Würdigung zu unterziehen, um zu sehen, wo Stauungen im Verbandsorganismus vorhanden sind, die hemmend auf das Verbandsleben wirken und die daher beseitigt werden mußten. Und da ist diesmal gründlich nachgesehen worden. Dabei hat sich die Einrichtung vorzüglich bewährt, die erstmalig durch Einsetzung einer Statutenberatungskommission geschaffen worden war. In einer Zeit, mit der gut drei Sitzungstage ausgefüllt werden konnten, hatte diese Kommission schon vor dem Zusammentritt der Generalversammlung alle zu den Bestimmungen des Statuts gestellten Anträge durchberaten und den Extrakt aus denselben herausgezogen. Dadurch waren die Arbeiten des Verbandstages nicht nur erheblich gefördert worden, sondern es war — und das ist das Wesentlichste — den Verhandlungen, die sich sonst bei den Anträgen in viele Kleinlichkeiten verliefen, eine Grundlage gegeben worden, von der aus sie im Plenum des Verbandstages auf ein hohes Niveau gehoben wurden.

Erfreulich ist der Beschluß, das Informationsbureau weiter auszubauen. Es ist dieser Beschluß ein Beweis dafür, daß heute den Fragen, mit denen sich das Informationsbureau zu beschäftigen hat, in den Kreisen der Mitglieder volle Beachtung geschenkt wird. Das erfüllt uns mit der Zuversicht, daß in Zukunft das Verbandsleben weniger schweren Erschütterungen ausgesetzt sein wird, wie in vergangener Zeit. Wird allüberall den Veränderungen der Existenzbedingungen der Textilindustrie aufmerksame Beachtung geschenkt, dann wird die Organisation weit rühriger sein können wie sonst, ohne Gefahr zu laufen, festgehalten zu werden. Es ist gewiß zu verstehen, wenn Mitglieder, die in Differenzen verwickelt sind, auf endgültige Entscheidung drängen. Und so gewiß es nicht vorkommen darf, eine Aktion zu verschleppen, wenn sie zur Entscheidung reif ist, so gewiß darf es auch nicht vorkommen, eine Entscheidung herbeizuführen, ohne vorher alles reichlich erwogen zu haben. Der Appell an das letzte Mittel darf erst erfolgen, wenn kein anderes Mittel mehr vorhanden ist. Hier kann das Ressort der Information dem neuen Ressort der Aktion wertvolle Vorarbeit leisten.

Die Generalversammlung hat beschlossen, in der Hauptverwaltung ein besonderes Ressort für die Leitung von Streiks usw. einzurichten. Der Leiter dieses Ressorts hat sich in der Hauptsache um die Streiks und Lohnbewegungen zu kümmern. Bisher war kein bestimmter Kollege dafür vorhanden, sondern es ging derjenige Kollege von der Hauptverwaltung hin, der vom Vorstand dazu bestimmt wurde. Die Kämpfe der letzten Jahre hatten die Notwendigkeit herangereift, in der Zentralverwaltung einen Streikleiter anzustellen. Seit einigen Monaten war das schon interimistisch geschehen; jetzt hat die Generalversammlung die vorläufige Regelung zu einer ständigen gemacht. Wir wünschen dieser neuen Einrichtung recht gute Erfolge, wobei wir nicht unterlassen wollen, zu sagen, daß die Aufgabe, die hier zu erfüllen ist, ohne allen Zweifel eine sehr schwere und verantwortungsvolle ist. Es gehören viel Kenntnisse, viel Takt und diplomatisches Geschick, nicht zuletzt aber auch viel Geduld dazu, die Aufgaben eines Streikleiters zu erfüllen. Er kann dem Verband durch geschicktes Operieren gute Dienste leisten, kann das aber auch nur dann, wenn die in Betracht kommenden Mitglieder durch verständiges Erfassen der gegebenen Situation ein solches Operieren ermöglichen.

In Sachen der Tariffrage hätte die Aussprache nicht abgeschnitten werden sollen. Hier stehen wir noch vor ungelösten Problemen. Ungelöste Probleme können aber nur durch gegenseitige Aussprache der Lösung näher gebracht werden. Daß hier noch sehr viel zu tun ist, hat das zum Vortrag gebrachte Referat gezeigt. Es sind dem Schreiber dieses von einer ganzen Anzahl Kollegen lebhafte Klagen vorgetragen worden darüber, daß es ihnen durch das Nichtzulassen einer Debatte unmöglich gemacht worden ist, Ausführungen machen zu können, durch welche mit zur Klärung der Frage beigetragen worden wäre. Diese Klagen sind gewiß berechtigt, und wir möchten nur wünschen, daß auf zukünftigen Generalversammlungen es sich nicht mehr wiederhole, Anträge anzunehmen, durch welche von vornherein jede Debatte über ein so wichtiges Problem, wie die Tariffrage eines ist, unmöglich gemacht wird. Es wird sich nicht umgehen lassen, daß Kollegen im Lande, die zu dieser wichtigen Frage etwas Neues zu sagen wissen, die Möglichkeit dazu bekommen; je früher, um so besser. Vielleicht tritt die nächste Gauleiterkonferenz dieser Frage näher.

Der Aktionsausschuß ist, wie nach dem Verlauf der Gaukonferenzen zu erwarten war, abgelehnt worden. Er kann bei uns niemals ein Förderungsmittel der Aktionen sein, sondern würde nur die Beweglichkeit der Organisation hindern. Das will sicher niemand. An Stelle des Aktionsausschusses gab die Generalversammlung einer Einrichtung die statutarische Sanktion, die schon seit vielen Jahren bestand, die auch geboren worden war aus der Notwendigkeit. Die Generalversammlung beschloß, die Gauleiterkonferenzen statutarisch festzulegen. Bei wichtigen Aktionen werden diese Konferenzen stattfinden und die Entscheidungen mit dem Vorstand treffen. Wir halten diesen Beschluß der Generalversammlung für einen sehr guten, ganz besonders deshalb, weil diese Konferenzen sich nicht nur mit den wichtigsten Aktionen, sondern auch mit dem ganzen inneren Verbandsleben zu beschäftigen haben. Sie sollen außer in besonderen Fällen, wo sie wegen größerer Aktionen zusammenberufen werden, in etwa sechsmonatlichen Perioden tagen und sich mit den Fragen des Verbandslebens beschäftigen. Der Verbandsausschuß kann auf diesen Konferenzen zu Informationszwecken anwesend sein, um die Möglichkeit zu haben, Einblicke in das ganze Leben und Weben des Verbandes zu gewinnen. Es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, das ganze Verbandsleben in kürzeren Zwischenräumen kritisch zu würdigen und neue Anregungen für dasselbe zu geben. Es ist dadurch aber auch mehr wie bisher möglich, die Interessen der Mitglieder aller Landesteile bei entscheidenden Aktionen zu berücksichtigen. Denn wenn wir auch keinen Partikularismus im Verband großziehen wollen, so liegt es in der Natur der Sache, daß jeder Gauleiter, weil er doch die Bewegung seines Gaues vorwärts bringen will, für die Berücksichtigung der Interessen der Mitglieder seines Gaues eintreten wird. Es ergibt sich ganz von selbst, daß in Zukunft, wenn die in der Brandung des agitatorischen Lebens stehenden Kollegen so entscheidend bei den Entschließungen mitwirken können, diese Entschließungen von einem weit größeren Gesichtskreis aus beeinflußt werden. Darauf kommt es ja in der Hauptsache an. Das Verlangen nach dem Aktionsausschuß entstand bei den meisten der Verlangenden aus der Annahme, die Interessen der Mitglieder in den verschiedenen Teilen des Reiches würden nicht so sorgfältig gewürdigt, wenn nur Personen eines engbegrenzten Bezirkes das Entscheidungsrecht ausüben. Daß diese Annahme entstand, kann man verstehen; auch ohne ein bestimmtes Mißtrauen zu haben, konnte diese Annahme auftauchen. Jetzt ist diese Befürchtung aus der Welt geschafft. Die für die günstige Entwickelung der Organisation ihres Bezirks besorgten Gauleiter werden sicher darauf achten, daß alles gewürdigt wird. Wir können also mit diesem Beschluß der Generalversammlung, der nicht ohne eingehendste Kommissionsberatung zustande gekommen ist, sehr zufrieden sein.

Der Verbandstag ist mit einem großartigen Auftakt für die zukünftige Verbandsarbeit zu Ende gegangen. Die Rede über das Koalitionsrecht und den Terrorismus der Unternehmer, die den Schluß der Verhandlungen bildete, hat nicht nur großen Eindruck hinterlassen, sondern auch neuen, entschlossenen Kampfesmut entflammt. Auch für uns Textilarbeiter und -arbeiterinnen gilt das kürzlich geprägte Wort: **Es lebe der Kampf!** Ja, es lebe der Kampf, der frische, fröhliche Kampf um ein besseres menschliches Leben.

Drum frisch ans Werk!

Die Handelspolitik und die christlich-nationale Arbeiterbewegung.

✡ Auf dem im vergangenen Jahre in Berlin stattgefundenen christlich-nationalen Arbeiterkongreß hat die Erörterung handelspolitischer Fragen einen breiten Raum eingenommen. Nach einem Referat Stegerwalds fand eine ausführlich begründete Resolution Annahme, welche u. a. auch die Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft in bezug auf die Lebensmittelversorgung und Lebensmittelteuerung enthielt. Verlangt wird in der Resolution bei der bevorstehenden Neufassung der Handelspolitik die Ablöhnung der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle, soweit der Nahrungsbedarf der Minderbemittelten hierbei in Frage kommt; ferner wird verlangt eine Korrektur des Systems der Einfuhrscheine, Verbilligung der Futtermittel, Erleichterung der Vieheinfuhr, billige Frachttarife für den Viehtransport und bessere Organisation des Lebensmittelverkehrs und des Handels.

Während in den Zollkämpfen im Jahre 1902 die christlichen Gewerkschaften, der führende Faktor in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, es strikte ablehnten, zu den Handelsverträgen und der Zollgesetzgebung ihres „politischen Charakters" wegen Stellung zu nehmen (nur der sogenannte Wieberverband, die Organisation der christlichen Metallarbeiter, machte eine Ausnahme, dafür wurde er wegen seiner oppositionellen Stellungnahme gegen die Zollgesetzgebung von den übrigen christlichen Verbänden aufs schärfste bekämpft), hält man es heute für selbstverständlich, die Fragen der Zoll- und Handelspolitik der gewerkschaftlichen Diskussion zu unterstellen. In dieser Beziehung haben sich die christlichen den freien Gewerkschaften genähert, die immer betont haben, daß Zoll- und Steuerfragen in letzter Linie Lohnfragen sind, an denen die Gewerkschaften nicht vorbeisehen dürfen. Wer von den Arbeiterorganisationen im Jahre 1902 dieselben Forderungen aufstellte wie der Berliner Kongreß 11 bis 12 Jahre später es tat, dem wurde von der christlichen Gewerkschaftsführung der Vorwurf gemacht, daß sie die Gewerkschaftsbewegung mit der Parteipolitik zu verkoppeln suchten. Im Grunde genommen war aber dieser Vorwurf der „Verkoppelung" nichts weiter **als die Verdunkelung der Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften es sich zur Aufgabe gestellt hatten, den politischen Parteien, vor allem der Zentrumspartei, in ihrer volksausbeutenden Zoll- und Wucherpolitik Vorspanndienste zu leisten.** Diese Haltung der christlichen Gewerkschaften hat sich inzwischen **bitter an der Arbeiterschaft gerächt.** Die Klagen über die ständige Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter, eine Folge der bürgerlichen Wirtschaftspolitik, haben auch in christlichen Arbeiterkreisen seitdem nicht wieder aufgehört. Wie erinnern nur an die Vorgänge während der Textilarbeiteraussperrung in Bocholt. In dem Zentrumsblatt „Die Grenzwarte" bekommen die Zentrumspolitiker für ihre Wucherpolitik recht bittere Wahrheiten gesagt.

Die christlichen Gewerkschaften würden sich also selbst einen vernichtenden Schlag zufügen, wollten sie heute die gleiche Stellung einnehmen wie im Jahre 1902. Daher in erster Linie die Wandlung der christlichen Gewerkschaftstaktik in den Zollfragen, die aber im christlich-nationalen Arbeiterlager nicht allgemein sich durchgesetzt hat.

Wer heute die christlichen Gewerkschaftsorgane liest, dem wird auffallen, daß sie trotz der entschiedenen und aufmunternden Stellungnahme des Berliner Kongresses leider nicht mit der nötigen Wärme die schwebenden Fragen der Handelspolitik behandeln. Viele christliche Organe haben sich z. B. in der Frage der kommenden Handelsverträge überhaupt noch zu keiner Stellungnahme aufgeschwungen. Das hat zum guten Teil seinen Grund darin, daß sich viele der „christlichen" Gewerkschaftsblätter, darunter auch ganz besonders die Textilarbeiterzeitung", in der Vergangenheit durch die schutzzöllnerischen Artikel, die ihnen aus dem politischen Pressebureau der Zentrumspartei in M.-Gladbach geliefert wurden, derart festgelegt haben, daß es einer Selbstohrfeigung gleichkommt, nunmehr im Sinne der Resolution des Berliner christlich-nationalen Arbeiterkongresses schreiben zu müssen.

Von den wenigen christlich-nationalen Arbeiterorganen, die sich nach dem Berliner Kongreß mit den handelspolitischen Fragen im Sinne der Kongreßresolution abgeben, nennen wir die christliche „Metallarbeiterzeitung". Wie im Jahre 1902, so findet sie auch heute starke Worte gegen die neuerlichen agrarischen Bestrebungen. Sie verfehlt auch nicht, den christlichen Bauernvereinen, die sich für ihre maßlosen Forderungen im bekannten Leipziger „Kartell der schaffenden Stände" Rückendeckung gesucht haben, gründlich die Leviten zu lesen. Im weiteren Verfolg der

Angelegenheit kommt das christliche Organ in seiner Nummer vom 21. März 1914 auf die Haltung der Agrarier in der Handelspolitik zu sprechen und wir lesen hier u. a. folgendes:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Konsument den größten Teil der Opfer tragen muß, die nun einmal die Schutzzollpolitik mit ihrer verteuernden Wirkung der Produkte mit sich bringt. Man kann dem vernünftigen Teil der deutschen Arbeiterschaft gewiß nicht nachsagen, daß er murrend und unwillig die Lasten getragen hätte, die ihm der Schutz der Industrie, die Erhaltung der Landwirtschaft notwendig erscheinen ließ. Er hat sich bis heute sehr vorteilhaft von all den Groß- und Kleinagrariern unterschieden, die sich wohl die Lasten der großen Masse gefallen lassen, selbst den Arbeitern aber nichts geben wollen. Die im Kartell der schaffenden Arbeit vereinigten Organisationen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung sind heute noch wie ehedem gegen jede Zollpolitik, und dazu sind nicht nur die Ostelbier zu zählen, sondern auch die Klein- und Mittelbauern Süd- und Westdeutschlands, die ihren Ehrgeiz darin zu setzen scheinen, ihre größeren Kollegen jenseits der Elbe an sozialem Unverständnis zu übertreffen. Man darf nur einmal in diesen Kreisen die Arbeiterversicherung zur Sprache bringen, die Leidenschaft, mit der sie sich dagegen wehren, ist wahrhaft erschreckend."

Das ist eine kräftige Sprache. Mit dieser Sprache vergleiche man einmal, was sich die „christliche" „Textilarbeiterzeitung" in den Artikeln: Bauernzoll und Arbeiterschaft, die enthalten sind in den Nummern 51 und 52 des Jahrgangs 1911, an Verherrlichung der Lebensmittelzölle geleistet hat. Tantchen behauptet dort schlechtweg, daß die landwirtschaftlichen Zölle die Verteuerung von Brot und Fleisch nicht verschulden. „Es läßt sich zahlenmäßig nachweisen" — sagt sie in der Nummer 51 —, „daß Getreide trotz der Zölle im Preise sank und daß es zur Zeit vollständiger Zollosigkeit teurer war als zur Zeit der Zollbelastung". So und ähnlich hat die christliche Gewerkschaftspresse die Arbeiter eingeseift, und heute muß sie zugeben, daß der Arbeiter als Konsument den größten Teil der Opfer tragen muß, welche die Schutzzollpolitik mit ihrer verteuernden Wirkung der Produkte mit sich bringt. Die Arbeiter werden sich das merken.

Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie.

VIII.

Bilanzen der Hanf- und Leinenfabriken.

In der Leinenindustrie Deutschlands gibt es verhältnismäßig wenig Großbetriebe. Der größte Betrieb ist wohl derjenige der **Schles. Leinenindustrie Akt.-Ges. vorm C. G. Kramsta u. Söhne** in Breslau, dessen Zentrale sich in Freiburg i. Schl. befindet, der aber in Bolkenhain, Merzdorf, Schmiedeberg i. R. und Leipzig Zweigniederlassungen hat. Viele Jahre hat die Firma in ihrem Bolkenhainer Betriebe mit Arbeitermangel zu kämpfen gehabt. Ein früherer Betriebsleiter fühlte sich als eine Art Selbstherrscher, der rücksichtslos maßregelte, wenn er merkte, daß sich Arbeiter organisierten. Schon deswegen, dann aber auch der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wegen, war der Betrieb lange Zeit derart verrufen bei der Arbeiterschaft, daß nur hinging, wer absolut anderswo nicht unterkommen konnte. Lange hat sich damals die Bevölkerung gefragt, ob denn nicht die Generaldirektion endlich einmal einschreiten werde; denn mit einem guten Stamm von Arbeitern voll besetzt und gut geleitet, hätte der Betrieb sich auch gut rentieren müssen. Aber es verging Jahr um Jahr, ohne daß Aenderung eintrat. Jetzt ist der Betriebsleiter schon seit einigen Jahren weg. Wie es augenblicklich mit den Arbeiter- und Arbeitsverhältnissen dort bestellt ist, ist uns nicht bekannt. Die Bilanz vom 31. August 1913 verzeichnete nach Abschreibungen aller Art einen **Reingewinn** von 265 213 Mk. Die Dividende betrug 3 Proz. und erforderte 225 000 Mk., 14 180 Mk. wurden an Tantiemen bezahlt.

Erheblich besser war das Ausbeuteergebnis bei der erheblich jüngeren Firma **Schlesische Textilwerke Akt.-Ges.** in Landeshut. Nach 238 901 Mk. **Abschreibungen** betrug der **Reingewinn 613 640** Mk. Eine halbe Million wurde Dividende gezahlt und der Aufsichtsrat erhielt 27 777 Mark **Tantieme.** Bemerkt sei noch, daß diese Aktiengesellschaft eine Familiengründung ist. Zwei Familien, die Familien Methner und Frahne teilen sich in den Besitz und die Ausbeutungssumme.

Die **Erdmannsdorfer Akt.-Ges. für Flachsgarn-Maschinenspinnerei und -weberei** in Zillerthal i. Riesengeb. hatte nach 186 866 Mk. **Abschreibungen** einen **Reingewinn** von 198 085 Mk. (i. V. 164 223 Mk.). Es wurde eine Dividende von 4 Proz. verteilt. Die Aussichten für das Jahr 1914 werden als gut angesehen.

Weniger günstig abgeschnitten hat die **Viersener Akt.-Ges. für Spinnerei und Weberei** in Viersen. Ueber die Ursachen dafür wird berichtet: Das magere Ergebnis ist auf den der Beschaffenheit nach kaum genügenden und recht teueren russischen Rohstoff zurückzuführen. In der zweiten Hälfte der Zeit des Wachstums setzte trockene Witterung ein, welche den jungen Flachs zu früh zur Reife trieb und seine Entwickelung behinderte. Die Hoffnungen auf gute Röste, die an dem ungleichmäßig gewachsenen Flachs das Fehlende wieder gutmachen sollte, sind auch nicht in Erfüllung gegangen. In dieser Zeit ist nämlich zuviel Regen gefallen, so daß zweckdienliche Behandlung der Ernte nur streckenweise durchgeführt werden konnte; zudem setzte kalte Witterung ein, und in einigen Gebieten kam der Flachs für kurze Zeit sogar unter Schnee zu liegen. Die damals von den Pflanzern und den Flachshändlern bzw. Lieferanten eingelaufenen Berichte lauteten übereinstimmend, daß die erste Aussaat der ungünstigen Witterung widerstanden hätte und brauchbar sei. Diese Nachrichten haben auf den Flachsmarkt eingewirkt; allgemein sind die Verbraucher bestrebt gewesen, möglichst viel von dem einigermaßen noch gut geratenen Flachs einzudecken. Die Nachfrage gestaltete sich stärker als das Angebot, so daß die Preise stiegen. Dies veranlaßte die Pflanzer, die Bearbeitung ihres Flachses zu vernachlässigen. Im Spätfrühjahr wurden aber die Spinner gewahr, daß in Rußland mehr Rohstoff vorhanden sei, als von ihren Lieferern berichtet worden war. Der darauf folgende Rückgang der Preise war zur Ergänzung der Bestände, besonders an geweichtem Flachs, den Verbrauchern sehr willkommen. Die Verarbeitung der Ernte des Jahres 1912 hat sich als schwierig und nicht befriedigend erwiesen; der Rohstoff ist trocken, unrein, sehr verschieden gewesen und hat beim Hecheln nur geringe Ausbeute an Fasern ergeben.

Der Verkauf hat die Zahl der erzeugten Bündel nicht ganz erreicht. Das Angebot von Flachsgarn ist größer gewesen als die Nachfrage. Von belgischer, französischer und böhmischer Seite sind zeitweise außergewöhnlich billige Angebote an unsere Kundschaft gelangt. Die Nachfrage nach Werggarn dagegen ist anhaltend lebhaft gewesen und der Abruf war zeitweise stürmisch; die Verkaufspreise konnten wiederholt gesteigert und dadurch ein Ausgleich für die des Flachsgarns geschaffen werden.

Der Betrieb in der Spinnerei und Bleicherei war ungestört. Die Hechelei verbrauchte 36 371 Zentner Rohflachs. Die Spinnerei verarbeitete 13 096 Zentner gehechelten Flachs und 23 658 Zentner Werg (im Vorjahre zusammen 36 860 Zentner). Gesponnen wurden 329 600 (335 710) Bündel Flachs- und Werggarn, gebleicht 269 957½ Bündel. Verkauft wurden 314 912½ (333 989) Bündel rohe und gebleichte Garne, und zwar im Werte von 2 518 299 Mk. (2 541 348 Mk.). Die Aufwendungen für Einrichtungen betragen 29 748 Mk. (76 949 Mk.).

Nach Abschreibungen von 50 000 Mk. (50 000 Mk.) und Rückstellungen von 7138 Mk. (0) verbleibt einschließlich des Vortrags von 3548 Mk. (0) ein **Reingewinn** von **64 244 Mk.** (110 609 Mk.). Es wird vorgeschlagen, eine Dividende von 2½ Proz. (4 Proz.) = 60 000 Mk. (96 000 Mk.) zu verteilen und 4244 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Aehnlich wie diese Firma schildern auch andere Firmen die Frage der Rohstoffversorgung. Die **Ravensberger Spinnerei** zu Bielefeld verzeichnet nach **220 000 Mk. Abschreibungen** einen **Reingewinn** von **356 377 Mk.** (i. V. 43 044 Mk.). Das Gewinnergebnis ist also im verflossenen Jahre um rund 310 000 Mk. besser wie im Vorjahre. Es werden 5 Proz. Dividende verteilt. Man nimmt an, daß sich im laufenden Jahre Geschäft und Absatz befriedigend entwickeln werden.

Nach dem Geschäftsbericht der **Spinnerei Vorwärts in** Brackwede wirkte der Rohstoffmarkt auf das Ergebnis des Jahres 1913 im ganzen außerordentlich ungünstig ein. Jedoch gelang es, einen Ausgleich in den Garnpreisen zu finden, und zwar in den Preisen für Werggarn. Die Herstellung betrug 302 285 Bündel gegen 286 106 Bündel im Jahre 1912 und 269 196 Bündel davor. Der Rohüberschuß der Spinnerei und Bleichen betrug 1 307 169 Mk. (i. V. 1 055 636 Mk.), der Rohgewinn insgesamt 1 337 375 Mk. (1—068 655 Mk.). Bei auf 137 094 Mk. (51 675 Mk.) erhöhten Abschreibungen stellt sich einschließlich 16 051 Mk. (0) Vortrag der Reingewinn auf 44 703 Mk. (72 159 Mk.), woraus bekanntlich 5 Proz. Dividende auf die Vorzugsaktien gleich 25 000 Mk. verteilt und 17 702 Mk. vorgetragen werden.

Bei der **Bielefelder Akt.-Ges. für mechanische Weberei** in Bielefeld erbrachte der Betrieb einen Gewinn von 726 478 Mk. (i. V. 784 020 Mk.), Zinsen und Mieten 21 275 Mark (21 827 Mk.). Einschließlich 8880 Mk. (2492 Mk.) Vortrag und nach Absetzung von 2042 Mk. (6937 Mk.) Verlust auf Außenstände, 862 Mk. (860 Mk.) Abschreibungen, 52 260 Mk. (52 080 Mk.) Ausbesserungen sowie nach Ueberweisung von 40 000 Mk. (wie im Vorjahre) auf Abschreibungsrechnung verblieb ein **Reingewinn** von **325 811** Mk. (355 293 Mk.) Wie schon gemeldet, wird die Dividende auf 11⅔ Proz. (12½ Prozent) ermäßigt; sie erfordert 280 000 Mk. (300 000 Mk.). Als Gewinnanteile und Belohnungen sollen 43 093 Mk. (47 043 Mk.) verwandt werden, so daß ein Vortrag von 2718 Mark (8880 Mk.) verbleibt.

Die vom Aufsichtsrat der **Spinnerei und Weberei Offenburg** genehmigte Bilanz vom 31. Dezember 1913 weist einen Betriebsgewinn von 155 728,64 Mk. aus und verbleibt nach Abzug der statutarischen Abschreibung von 70 862 Mk. ein **Reingewinn** von **84 866,60** Mk. Mit dem Gewinnvortrag vom Jahre 1912 von 28 309,44 Mk. stehen also insgesamt 113 176,08 Mk. zur Verfügung der Generalversammlung, und wurde vorgeschlagen, 12 140 Mk. dem gesetzlichen Reservefonds, 15 000 Mk. dem Tilgungskonto zuzuweisen, 57 600 Mk. zur Auszahlung einer vierprozentigen Dividende zu verwenden und den Rest von 28 436,08 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Nach dem uns vorliegenden Geschäftsbericht der **Elsässischen Gesellschaft für Jutespinnerei und Weberei in Bischweiler** sollen 14 (i. V. 12) **Proz. Dividende** auf die 600 000 Mark Vorrechtsaktien und 9 (7) **Proz.** auf die 1 Million Mark Stammaktien zur Ausschüttung gelangen. Im neuen Jahre haben sich die Verhältnisse, wie die Verwaltung bemerkt, noch nicht gebessert.

Die **Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei in Beuel bei Bonn** setzte die **Dividende** auf 10 (i. V. 8) Proz. fest. Die Verwaltung erhofft auch in diesem Jahre ein günstiges Ergebnis, da gute Kundschaft vorhanden sei.

Ebenfalls **über 200 000 Mk. mehr Reingewinn** erbrachte das Geschäftsjahr 1913 den Aktionären der **Mechanischen Seilerwarenfabrik Füssen in Füssen.** Einschließlich 70 527 (i. V. 33 896) Mk. Vortrag betrug der **Reingewinn 715 433** (i. V. 510 817) Mk., aus dem eine Dividende von wieder 12½ Proz. für die Stammaktien, von unverändert 13½

Die mahnenden Weberleichen von 1844.

(Zum 4. Juni.)

Gestern vor 70 Jahren griffen die vor Hunger verzweifelten Leineweber der schlesischen Dörfer Langenbielau und Peterswaldau zur Axt und zertrümmerten die Paläste ihrer übermütigen Ausbeuter. Sieben Jahrzehnte sind über diesen ersten deutschen Arbeiteraufstand ins Land gegangen — aber siebenmalsiebenzig Jahre sollte die Erinnerung daran gepflegt werden: den Ausbeutern von heute zum Trutz, den Ausgebeuteten zu Nutz! Denn jenes Lied, das Groll und Zorn damals geboren und den unmittelbaren Anlaß zum blutigen Kampf gegeben hat, jenes Lied mit dem erfrischenden Donnerkeil:

„Ihr Schurken all, Ihr Satansbrut, Ihr höllischen Kujone!
Ihr freßt der Armen Hab und Gut und Fluch wird Euch zum Lohne!"

es wird auch heute noch zähneknirschend überall da gesungen, wo arme Textilarbeiter von Freude und Lebensgenuß ausgeschlossen sind.

Aber auch den Ausbeutern von heute sollte die Erinnerung an den Hungeraufstand der Weber von 1844 ein warnendes Menetekel sein! Nicht als ob die Weber wieder zur Axt greifen würden — nein, ihre Kampfesmittel sind andere, wirksamere geworden. Aber lernen sollten sie aus der Vergangenheit, daß auch Webergeduld reißen, daß auch der niedergedrückteste Textiler zum Bewußtsein seiner Klassenlage erwachen kann. Denn die Geduld der schlesischen Weber von vor 70 Jahren war geradezu märchenhaft gewesen. Jahrzehntelang hatten sie sich die stete Kürzung ihrer erbärmlichen Löhne gefallen lassen, hatten geduldig, trotz der 1810 erlangten „Freiheit" Fronde und Hofdienste geleistet, Geld und Naturalabgaben entrichtet, ebenso die Silberzinsen, das Grundgeld, den Hundehafer, das Garnspinnen, den Hühner-, Gänse-, Eier-, Besen- und Wächterzins an die Ausbeuter gezahlt, hatten von ihrem Hungerlohn Jagd- und Spinngeld, Gemeindeabgaben und Schulgeld, Grund- und Klassensteuer abgedarbt — alles bei einem „Tagelohn" von ganzen 4 Silbergroschen pro Tag! Wilhelm Wolff, der Freund von Karl Marx, dem wir die Kenntnis der damaligen Vorgänge verdanken und auf den sich auch Gerhart Hauptmann bei der Dramatisierung des Weberelends stützte, sagt über die Lage der Webersklaven von damals:

„An vielen Orten auf dem Lande erhält der Arme, der nichts mehr verdienen kann, wöchentlich 1 Brot und viertel-jährlich 1 Metze Graupen, ½ Metze Salz und — 15 Silbergroschen. Wie er damit auskommt, mag er sehen. Gibt er sich dem Betteln hin, so wird er ins Korrektionshaus gesperrt. . . Dabei zahlt der Arme der Grundherrschaft ein jährliches Schutzgeld von 1—2 Taler. Schutzgeld! Grausam ironische Bezeichnung! Er zahlt es zu dem Zweck, um, wenn ihn die Not und seine von der Gesellschaft unbeachtet gebliebene Erziehung, richtiger Verwilderung, sein physisches Elend und seine geistige Verdumpfung zum Verbrecher gemacht haben, die Kosten für sein Unterkommen im Zucht- oder Korrektionshaus seinem Gutsherrn bestreiten zu helfen."

Als dann schließlich auch der Branntwein nicht mehr half, als die dreisten Zumutungen der Fabrikanten immer zunahmen, als man den Aermsten gar den Rat gab, Gras zu fressen, wenn sie kein Brot mehr hätten, als man angesichts der hungernden Leineweber sich nicht scheute, offen mit Staatskarossen, prächtigen Gewändern und anderem Luxus zu prunken und schließlich gar diejenigen Weber, die das wilde Hungerlied vor den Häusern der Fabrikanten sangen, durchprügeln ließ, da riß die Geduld der Geduldigen, da trat am 4. Juni 1844 der Strom über seine Ufer und auf den frechen Hohn antworteten die nun völlig verzweifelten Weber mit Beilen und Aexten. Im Nu waren Hunderte beisammen; sie forderten bescheiden einen etwas höheren Lohn und — ein Geschenk. (Ein Beweis, daß diese Armen alles eher denn Kommunisten waren!) Mit Spott und Hohn und Drohen schlug mans ihnen ab. „Nun dauerte es nicht lange," so erzählt Wolff in den von Mehring 1909 herausgegebenen gesammelten Schriften Wilhelm Wolffs auf Seite 52, „so stürmte die Masse ins Haus des Fabrikanten, erbrach alle Kammern, Gewölbe, Böden und Keller und zertrümmerte alles, von den prächtigen Spiegelfenstern, Trumeaus, Lüsters, Oefen, Porzellan, Möbel bis auf die Treppengeländer herab, zerriß die Bücher, Wechsel und Papiere, drang in das zweite Wohngebäude, in die Remisen, ins Trockenhaus, zur Mange, ins Packhaus und stürzte die Vorräte und Waren zu den Fenstern hinaus, wo sie zerrissen und mit Füßen getreten oder in Nachahmung des Leipziger Meßgeschäfts an die Umstehenden verteilt wurden. Gar mancher aß sich an diesem Tage zum ersten Male in seinem Leben satt! Man setzte die Paläste der Reichen absichtlich nicht in Brand, denn dann hätten sie ja Brandgelder erhalten, und es kam doch darauf an, sie mal arm zu machen, damit sie erführen, wie der Hunger tue. . ."

Wenige Stunden später griff der Brand auf die Nachbardörfer über; diejenigen Fabrikanten, die den Hungernden mit kleinen Geschenken entgegenkamen, wurden geschont — ein Beweis, wie wenig „sozialistisch verhetzt" die Aufständigen waren. Daß sie den Pfaffen, der als Schwiegersohn des reichsten Fabrikanten (Dierig) 20 000 Mk. Vermögen erheiratet hatte und nun den Webern Ergebung und Ruhe und Frieden predigen wollte, kurzerhand ins Wasser schmissen, war auch ohne „Verhetzung" nur zu erklärlich.

Nur kurze Zeit dauerte die Rache der Weber: 24 Stunden später kam das Militär aus Schweidnitz an, das auf Befehl der Fabrikanten ein fürchterliches Blutbad unter den Hungernden anrichtete. Gleich bei der ersten Salve fielen 11 tot in den Schmutz, und 24 wurden tödlich verwundet! Blindlings hatte die Soldateska in die Menge geschossen und auch Frauen und Kinder nicht geschont! Daß das die Weber rasend machen mußte, versteht sich am Rande, und mit Steinen und Knüppeln gingen sie gegen das Militär vor. Tatsächlich mußte dieses, da auch die Weber immer mehr Verstärkungen aus der Nachbarschaft erhielten, den Rückzug antreten. Dafür trat dann am anderen Tage die Zivilverwaltung in Aktion: Hunderte wurden verhaftet, Weber, Frauen und Jugendliche. Monatelang wurden sie in der Untersuchung gequält, wurde den Zeitungen verboten, etwas von der Not der Weber zu bringen und offiziell gelogen, die Weber seien aus purem Uebermut rebellisch geworden! Eine große Anzahl der Aufständigen wurde ins Zuchthaus geschickt — und es charakterisiert das ganze Elend der Weber, wenn Wolff schreibt: „Doch haben sie den Trost, daß sie im Zuchthause sich immer besser befinden als in der sogenannten Freiheit. Sie werden wenigstens nicht verhungern, nachdem sie der Staat in seine Obhut genommen." Der zweite Vers des Blutgerichtsliedes, der sich früher auf die Fabrikanten bezogen hatte, bezog sich jetzt auf die Justiz:

„Hier wird der Mensch langsam gequält, Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Seufzer viel gezählt als Zeugen von dem Jammer!"

Ihren kurzen Triumph mußten die Aermsten grausam büßen: 83 von ihnen wurden zu schweren Strafen verurteilt, die bis auf zehnjährige Schanzarbeit und zwei Dutzend Peitschenhiebe stiegen! Die Not der Weber aber wurde nicht beseitigt, sondern gesteigert. Wolff aber, der den Herrschenden zugerufen hatte, sie sollten den Webern Bildung beibringen, und damit sie möglich und zugleich fürs Leben fruchtbar sei, auch für ihr körperliches Wohlergehen zu sorgen, wurde gehetzt und verfolgt, ins Gefängnis geworfen, ins Exil getrieben und geächtet. Aber was er damals, 1844, drei Jahre vor dem „Kommunistischen Manifest", als Rettung aus

Prozent für die Prioritätsaktien verteilt, diesmal 250 000 Mark als Extra-Abschreibung auf Immobilien verwendet und 24 143 Mk. dem Unterstützungs- und Pensionskonto zugewiesen werden sollen.

Bei der **Mech. Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz, A.-G. in Treuen i. S.** war die Beschäftigung beständig gut und der Umsatz erheblich höher. Der Abschluß weist abzüglich 57 583 (i. V. 63 104) Mk. Abschreibungen und zuzüglich 29 200 (8305) Mk. Vortrag einen **verteilbaren Gewinn von 158 383** (184 821) Mk. aus. Der Gewinnanteil der Verwaltung und die Gratifikation an die Beamten erfordern zusammen 18 989 (27 621) Mk. Auf Delkredere sollen 10 000 (20 000) Mk. und für die Talonsteuer wieder 3000 Mk. reserviert werden. Die wieder in Höhe von 7 Proz. vorgeschlagene Dividende erfordert unverändert 105 000 Mk. Der Vortrag verringert sich auf 21 394 (29 200) Mk.

Die Gottschalk u. Co. A.-G. in Cassel (Mechanische Zeltstoffweberei), die auch in München eine Niederlassung hat, weist für 1913 nach **113 663** (i. V. 122 194) Mk. **Abschreibungen** einen **Reingewinn von 125 075** (111 445) Mk. aus bei 2 Millionen Mark Kapital, macht aber über die Dividende nichts ersichtlich. (Im Vorjahre wurden 6 Proz. verteilt.)

Die christliche „Textilarbeiter-Zeitung" und die Politischerklärung von Gewerkschaften.

Die Politischerklärung einiger freier Gewerkschaften gibt der christlichen „Textilarbeiterzeitung" Veranlassung zu Betrachtungen über die Folgen dieser Maßnahmen für die von ihnen betroffenen Organisationen. Diese Betrachtungen lassen deutlich erkennen, wie bemüht das Blatt ist, die freien Gewerkschaften als parteipolitisch zu denunzieren und ihnen die Schuld an den erwähnten polizeilichen Maßnahmen zuzuschreiben, die christlichen Gewerkschaften aber, die bekanntlich mehr im Fahrwasser des Zentrums schwimmen, als die freien Gewerkschaften in dem der Sozialdemokratie, als politisch, wenigstens parteipolitisch ganz harmlos hinzustellen. Ihre Auslassungen zeigen zur Genüge das Bemühen, die Aufmerksamkeit der Behörden von sich abzulenken und auf die freien Gewerkschaften hinzulenken. In echt pharisäischer Weise verwahrt sie sich aber dennoch ganz entschieden gegen den den christlichen Gewerkschaften und ihrer Presse gemachten Vorwurf der Denunziation. Das wird ihr nach ihren Leistungen in neuerer Zeit und besonders in ihrer Nr. 19 wenig nutzen; jeder wird sie als das erkennen, was sie sind: als Denunziationen.

Es wird der „Textilarbeiterzeitung" aber, wenn die Politischerklärung der Gewerkschaften Fortschritte macht, auch nicht erspart bleiben, manche unangenehme Ueberraschung zu erleben, denn sie muß selber zugeben, daß mitunter bei Begründung von Politischerklärungen von Gewerkschaften nicht nur deren angebliche Parteipolitik, sondern auch deren sozialpolitische Bestrebungen zum Vorwand genommen werden. Zum Beweise dafür führt sie an, daß die Reichssektion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes für politisch erklärt wurde, weil sie, nach einem von ihr verbreiteten Flugblatt, eine Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften zwecks Unterstellung der Eisenbahner unter die Gewerbeordnung und Freigabe des Koalitionsrechts für dieselben ausüben will. Und die „Textilarbeiterzeitung" fügt hinzu, mit solcher Begründung könne man **jede** Gewerkschaft für politisch erklären, man müsse aber gegen die Stempelung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen wegen sozialpolitischer Betätigung entschieden Verwahrung einlegen.

Sehr gut. Aber warum denn eine Gewerkschaft wegen angeblich betätigter Parteipolitik denunzieren und eine andere wegen „nur" sozialpolitischer Betätigung in Schutz nehmen? Nun, einfach deshalb, weil die christlichen Gewerkschaften zwar ableugnen können, daß sie Zentrumspolitik treiben (wenn es ihnen auch kein Mensch glaubt), aber nicht ableugnen können, daß sie in Sozialpolitik machen, mithin also auch die christlichen Gewerkschaften vor der Politischerklärung nicht mehr sicher sind. Deshalb sollen die Behörden in ihrem Bestreben, die Gewerkschaften für politisch zu erklären, die sozialpolitische Betätigung derselben außer acht lassen und nur die Parteipolitik dabei in Erwägung ziehen. Wo solche angeblich getrieben wird, das zeigt man immer und immer wieder von neuem schon durch den bloßen Gebrauch des Ausdrucks „sozialdemokratische" Gewerkschaften; über die in den christlichen Gewerkschaften hinter verschlossenen Türen getriebene Parteipolitik im Sinne des Zentrums schweigt man natürlich hübsch und behauptet einfach, sie seien parteipolitisch neutral und verfolgten lediglich wirtschaftliche und sozialpolitische Bestrebungen.

Das ist ein Appell in dem Sinne an die Behörden: „Ich bitt' Dich, heil'ger Florian, verschon' mein Haus, zünd' anderean!"

Ob dieser Appell nützen wird, muß abgewartet werden. Auch die „Textilarbeiterzeitung" scheint es zu bezweifeln, denn auch sie ahnt, daß die Unternehmer hinter den Behörden stehen, und jenen auch die christlichen Gewerkschaften schon ein Dorn im Auge sind und ihnen möglichst viele Schwierigkeiten wünschen, so daß sie wirtschaftlich noch weniger als jetzt schon zu leisten imstande wären. Ob sie sich übrigens mit der Politischerklärung so gut abfinden würden, wie sie es von den freien Gewerkschaften schon weissagen, denen sie z. B. das Zeugnis ausstellen, daß sie Mittel finden würden, auch nach rechtskräftig gewordener Politischerklärung die Jugend zu organisieren, ist auch eine Frage, die noch nicht endgültig beantwortet ist. Die „Textilarbeiterzeitung" würde deshalb in ihrem eigenen Interesse gut tun, von ihrem Denunzieren der freien Gewerkschaften abzulassen und dafür einzutreten, daß alle Gewerkschaften nur wirtschaftliche Interessenvertretungen sind, die dadurch, daß sie einmal gelegentlich Politik treiben, und sei es selbst Parteipolitik, noch nicht zu politischen Vereinen werden, welche dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes unterstehen.

Der freie Sonnabendnachmittag in der holländischen Textilindustrie.

Unsere holländischen Arbeitsbrüder haben seit dem 1. Mai dieses Jahres erreicht, wonach wir noch immer streben: den freien Sonnabendnachmittag für die gesamte Textilindustrie! Der unermüdlichen, seit vielen Jahren betriebenen Agitation der Arbeiterschaft in Versammlungen, der lebhaften Propaganda in der Presse ist es nun gelungen, diese für die Textilarbeiterschaft bedeutsame Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Versuche mit der Freigabe des Sonnabendnachmittags wurden in einem der größten holländischen Textilzentren, in Twente, schon Anfang der 90er Jahre gemacht. Im Frühjahr 1911 wurde der 1889 revidierten Gewerbeordnung ein Zusatzantrag angefügt, nach welchem ab 1. Januar 1914, dem Einführungstermin des Zehnstundenmaximalarbeitstages für Arbeiterinnen und Jugendliche, die Regierung ermächtigt wurde, durch Ministerialerlaß die Arbeit von Arbeiterinnen und Jugendlichen in gewissen Gewerben an Sonnabenden von mittags 1 Uhr an zu verbieten. Das Gesetz verpflichtete die Unternehmer, wenn sie in der Uebergangsfrist 10½ Stunden täglich arbeiten ließen, den Arbeiterinnen und den Jugendlichen den Sonnabendnachmittag freizugeben. Die verheirateten Frauen konnten den freien Sonnabendnachmittag haben, wenn sie ihn beim Unternehmer beantragten, der dann gesetzlich verpflichtet war, ihn zu bewilligen, weil ein solcher Antrag auf Grund des Gesetzes nicht abgelehnt werden durfte. Für die Freigabe des Sonnabendnachmittags wurde seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes lebhafte Agitation entfaltet. Die Textilfabrikanten im Bezirk Twente, die schon früher Versuche mit der Einführung gemacht hatten, zeigten sich nicht abgeneigt, den Wünschen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Sie stellten aber an die Arbeiterschaft das Ansinnen, daß sie zum Austausch gegen den freien Sonnabendnachmittag mit den Unternehmern dafür eintreten sollten, daß an die Stelle des im neuen Gesetz festgelegten Zehnstundentages für Arbeiterinnen und Jugendliche der Zehneinhalbstundentag festgelegt werde. Das lehnten die Arbeiter selbstverständlich ab. Sie traten mit dem Arbeitsminister, Professor Treub, in Verhandlung, deren Ergebnis war, daß der Minister versprach, zum 1. Januar 1915 für die Textilindustrie den freien Sonnabendnachmittag einzuführen. Die Textilindustriellen haben aber vorgezogen, den Regierungszwang nicht erst abzuwarten, und deshalb beschlossen, vom 1. Mai ab „freiwillig" den Sonnabendnachmittag freizugeben, ihre Betriebe Sonnabendmittags zu schließen. Im Bezirk Twente kamen zirka 30 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen in den Genuß dieser dauernden Arbeitszeitverkürzung. Das Fachorgan der holländischen Textilarbeiter „De Textielarbeider" schreibt, daß die Unternehmer angesichts der für den 1. Januar 1915 in Aussicht gestellten Verfügung, wenn auch nur notgedrungen und mit einem gewissen Widerwillen, den Sonnabendnachmittag jetzt schon freigegeben hätten. Die Arbeiter begrüßen die Einführung mit stolzer Freude und blicken mit Befriedigung zurück auf die jahrelang betriebene Agitation, deren Erfolg die jetzt eingeführte Freigabe des Sonnabendnachmittags ist.

Neben England, das seit Jahrzehnten schon den freien Sonnabendnachmittag für die Textilindustrie hat, tritt nun auch Holland mit dieser für die Textilarbeiterschaft notwendigen Einrichtung. Gegenüber England, wo zudem auch noch Ueberstunden für Frauen und Jugendliche gesetzlich verboten sind, und gegenüber Deutschland ist Holland nur ein kleines Industrieland. Trotz dieser für die Textilarbeiterschaft bedeutsamen Reformen der Arbeitszeit haben die Regierungen beider Länder und ihre Vertreter von sich noch nicht behauptet, in Sozialpolitik in der Welt voranzumarschieren. Dieses Recht maßte sich nur Deutschland an. Dasselbe Deutschland, das für die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Arbeiterschaft gar kein Verständnis aufbringt. Auch die deutschen Textilarbeiter fordern den freien Sonnabendnachmittag. Wie die Textilindustriellen den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entgegenkommen, wurde trefflich illustriert durch das Verhalten der süddeutschen Baumwollindustriellen bei der letzten Produktionseinschränkung. Statt den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft, besonders der verheirateten Arbeiterinnen, entgegenzukommen und die Betriebe am Sonnabend stillzulegen, wurde trotz Vorstelligwerden des Sonnabends gearbeitet und Montags wurden die Betriebe geschlossen gehalten. So setzen sich deutsche Textilunternehmer über die berechtigten Wünsche der Arbeiter hinweg, selbst wenn sie in der Lage sind, sie ohne Schwierigkeiten erfüllen zu können.

Aber auch die deutschen Textilarbeiter werden den freien Sonnabendnachmittag erhalten, trotzdem sie in keinem Minister einen Förderer ihrer Interessen haben, wie ihre holländischen Kollegen. Denn ein Minister, der sich der Arbeiter annimmt, um deren Interessen den Unternehmern gegenüber wahrzunehmen, muß in Deutschland erst noch geboren werden. In Deutschland nehmen die Regierungsvertreter die Interessen der Unternehmer wahr, wenn sie davon sprechen, daß mit der Sozialpolitik Schluß gemacht werden muß und daß in Deutschland nicht eingeführt werden kann, was sich in dem demokratisch regierten England gut bewährt hat. (Dr. Delbrück.) Auch fällt es den meisten deutschen Unternehmern gar nicht ein, gleich den englischen und holländischen, schon vor dem Inkrafttreten gesetzlicher Bestimmungen die in diesen festgelegten Reformen einzuführen. Sie warten unter allen Umständen erst die Einführungstermine ab, und müssen dann noch von ihren Arbeitern und den Aufsichtsbehörden gedrängt werden, den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß unsere Kollegen und Kolleginnen den kommenden guten Geschäftsgang dazu benutzen, die Einführung des freien Sonnabendnachmittags durchzusetzen. Wo Anstrengungen für seine Einführung gemacht werden, wird er auch erreicht, wie

---

dem kapitalistischen Elend vorgeschlagen, es traf das Richtige und gilt noch heute wie es damals galt:

„Nur eine Reorganisation, eine Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Prinzip der Solidarität, der Gegenseitigkeit und Gemeinschaftlichkeit, mit einem Wort: der Gerechtigkeit, kann uns zum Frieden und zum Glücke führen."

Leider haben das viele Tausende gerade der ärmsten Arbeiter bisher noch immer nicht begriffen. Mögen wenigstens einige von diesen aus den Vorgängen von vor 70 Jahren die nötigen Lehren ziehen, ehe es zu spät ist. R. A.

Wer sich von unseren Lesern über die Ereignisse von 1844 genauer informieren will, lese neben den oben angegebenen Schriften Wilhelm Wolffs (Preis 1 Mk.) die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring, die eine glänzende Schilderung der damaligen Zeitepoche bietet sowie Gerhart Hauptmanns Meisterdrama: „Die Weber". Sämtliche Bücher sind in jeder Arbeiterbibliothek zu haben.

Monatsrevue über das Textilgewerbe.

✡ Kaum hat das Geschäft in der Textilindustrie einen kleinen Anlauf zum Besseren genommen, so ist schon wieder der alte Störenfried auf dem Balkan am Werke, neue Schwierigkeiten zu machen. Die Nachrichten mehren sich, daß durch die neuen balkanischen Wirren das geschäftliche Leben Störungen erleidet. Das würde nicht sein, wenn sich die europäischen Großmächte um den Krakehl der noch halbwilden Völkerstämme auf jener Halbinsel Europas nicht kümmern würden. Würde man jene Krakehler sich selbst und den übrigen Balkanvölkern überlassen, dann würde bald Ruhe eintreten. Aber Albanien ist ja nur das Objekt, das zur Anbandelung von kriegerischen Verwickelungen dienen soll, bei denen es sich um eine Auseinandersetzung der hauptsächlichsten kapitalistischen Staaten Europas wegen der kapitalistischen Interessensphäre eines jeden Staates handelt. Das weiß jeder, der die imperialistische Entwickelung der letzten Jahre verfolgt hat, und das weiß vor allem das Finanzkapital. Kein Wunder, daß, wenn solche Wirren ausbrechen, wie jetzt in Albanien, Handel und Wandel sofort beunruhigt wird. Es ist leider auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen, daß diese Störungen ausbleiben.

Im Innern ist es ja jetzt etwas ruhiger. In der Krawattenbranche soll der Friede auch hergestellt sein. Wie berichtet wird, haben die Krawattenfabrikanten in einer Versammlung zu Krefeld beschlossen, den Wünschen der Abnehmer zu entsprechen und von der Einführung eines Treurabatts abzusehen. In einigen Branchen geht allerdings der Kampf der Unternehmer gegeneinander noch „lustig" weiter. In der Hutband-Konvention wird die Vereinigung zu rigorosen Maßnahmen gegen unliebsame Konkurrenten gemißbraucht. So teilt die „Textil-Woche" mit, daß die genannte Konvention der Firma Süß in Kranzahl i. Erzgb. nicht weniger wie sage und schreibe **15 000 Mark Eintrittsgeld** auferlegt hat. Das müssen die Arbeiter alles verdienen. Es wird mit Recht in jenem Blatt geschrieben, daß solche Maßnahmen den Kartellgedanken, den Gedanken nämlich, alle Unternehmungen zusammenzufassen, um gemeinsam die auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden, moralisch entwerten. An Stelle des Kartells ist der Ring getreten, der den Gegensatz eines Kartells darstellt, nämlich eine Verabredung einer Anzahl Unternehmungen zur zeitweisen monopolistischen Beherrschung des Marktes unter Ausschluß der übrigen.

Es war vorauszusehen, daß es dazu kommen würde. Die Gründung der Konventionen war nur der Anfang jener organisatorischen Entwickelung der kapitalistischen Produktion; diese Entwickelung muß beim Ring und Trust und schließlich bei der Vergesellschaftlichung der Produktion enden.

Für die Arbeiter sind diese Vorgänge im Wirtschaftsleben sehr lehrreich. Ihnen muß recht aufmerksame Beachtung geschenkt werden.

Von den

Rohstoffmärkten

liegen nicht viel Nachrichten von Belang vor.

Rohwolle

hat bei der dritten Serie der diesjährigen Londoner Wollauktionen noch eine weitere Preiserhöhung von 5 bis 7½ Proz. zu verzeichnen gehabt.

Vom Markt in

Rohbaumwolle

liegt auch nichts Besonderes von Nachrichten vor. Die Aussaat ist jetzt für die neue Ernte überall beendet und es muß nun dem Wetter überlassen werden, was der Baumwollindustrie an Rohstoff beschert wird.

Auch auf dem Markt für

Flachs

geht es ziemlich ruhig zu. Die Betriebe sind mit Rohstoff versehen und kaufen nur, wenn sie günstig ankommen können. Dazu bietet sich allerdings wenig Gelegenheit, da Vorräte nur wenig vorhanden sind und zurückgehalten werden.

Vom Markt für

Jute

wird gemeldet, daß er ruhig, ja geschäftslos sei und die Preise weichen.

Der Markt für

Rohseide

steht unter dem Zeichen der zu erwartenden Ernte. Es ist daher erklärlich, daß er nichts Besonderes bietet.

Aus den Berichten unserer Herren Korrespondenten entnehmen wir, daß die

Kammgarnspinnereien

gut beschäftigt sind. In einigen Orten herrscht Arbeitermangel. Auch die

Streichgarnspinnereien

sind gut beschäftigt.

Dasselbe gilt fast durchweg für die

Baumwollspinnereien.

In Augsburg arbeitet man teilweise mit Ueberstunden.

Normal ist der Geschäftsgang in den

Flachsspinnereien.

Gut ist der Geschäftsgang auch in den

Vigognespinnereien.

Die

Herrenstoffwebereien

der meisten Orte haben eine Besserung des Geschäftsganges zu verzeichnen. Aus Luckenwalde, Sommerfeld und Neumünster lauten die Nachrichten noch ungünstig. Nahezu überall befindet man sich in der Musterung. Ganz besonders gut geht das Geschäft in Aachen.

Die Lohnwebereien haben jetzt Hochkonjunktur.

Eine eigenartige Ausnahme betr. des guten Geschäftsganges machen die Tuchfabriken Lippmann, Grüneberg, Charles Lammertz, Bölling u. Pastor und Gebrüder Wallach. Diese Firmen arbeiten nun auch zum Teil in Lohn, d. h. sie haben nicht genügend Aufträge und helfen anderen Fabriken aus, indem sie nebenbei Lohnweberei treiben. In Aachen hat man die Erfahrung gemacht, daß Fabriken, die zum Lohnbetrieb übergingen, bald den Betrieb ganz eingestellt haben. Hoffentlich täuschen wir

das Beispiel Krefelds beweist. Aber die Agitation für den freien Sonnabendnachmittag darf nicht ruhen, sie muß unausgesetzt betrieben werden, bis seine Einführung erfolgt. Was durch die wirtschaftliche Depression aufgehalten wurde, muß mit aller Energie wieder betrieben werden, sobald der Geschäftsgang wieder ein besserer wird. Auch die deutschen Textilarbeiter werden den freien Sonnabendnachmittag haben, wenn sie ihn haben wollen und die seiner Einführung entgegenstehenden Hindernisse beseitigen.

Martha Hoppe.

Fortschritte gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit in unserem Verbande.

Unser Verband kann in seinem Jahrbuch für das Jahr 1913 die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß die Zahl der Arbeiterinnen, die sich in den Verwaltungen der Filialen, in den verschiedenen Kommissionen und in der Agitation für den Verband betätigen, von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen ist. Am Schlusse des Jahres 1913 waren nach dem Ergebnis einer Umfrage insgesamt 1802 Kolleginnen für den Ausbau der Organisation tätig. Der früher so oft gehörte Ausspruch: Es finden sich keine Kolleginnen für die Mitarbeit, läßt sich nun auch immer seltener hören.

Es fungieren als Filialvorsitzende 2, als stellvertretende Vorsitzende 9, als Kassiererin 6, als stellvertretende Kassiererin 3, als Schriftführerin 40, als Beisitzerin im Vorstand 34 und als Revisorin 61 Kolleginnen. In den Arbeiterausschüssen sind 144, in Branchenkommissionen 60, in Lohnkommissionen 166, in Agitationskommissionen 211 Kolleginnen tätig. Besondere Frauenagitationskommissionen, in denen 129 Kolleginnen tätig sind, bestehen in 22 Orten. Als Kartelldelegierte fungieren 107, im Ausschuß der Ortskrankenkassen 306 und 4 als Stellvertreterinnen, in den Betriebskrankenkassen 368 und als Ersatzpersonen 7 Kolleginnen. Als Unterkassiererin sind 17, als Vertrauensperson ihres Betriebes oder einer Abteilung desselben 15 Kolleginnen tätig. Je eine Kollegin betätigt sich im Jugendausschuß, in der Beschwerdekommission, im Kreiswahlverein, als Leiterin der Vortragsabende, in der Kinderschutzkommission und in der Aufsichtungskommission. Von den 13 Gauleitungen haben nur 5 je eine Kollegin im Vorstand. Es sind also gegenwärtig, einschließlich zwei weiblicher Angestellter, 1802 tätige Kolleginnen vorhanden. Am Schluß des Jahres zählte der Verband 54 113 weibliche Mitglieder. Leider haben nur 143 von 316 Filialen über die Tätigkeit der Kolleginnen berichtet.

Der Gau Berlin, der auf Beschluß der Arbeiterinnenkonferenz vom Januar 1913 zur Einsetzung von Frauenagitationskommissionen kam, berichtet, daß 14 Verwaltungsstellen 110 weibliche Mitglieder in den Frauenagitationskommissionen haben, die im Berichtsjahr 55 Sitzungen abhielten. An den von den Kommissionen vorgenommenen Hausagitationen beteiligten sich 183 Kolleginnen, durch welche 725 weibliche Mitglieder der Organisation neu zugeführt wurden. Im allgemeinen beschränkt sich die Tätigkeit dieser Kommissionen auf die Betreibung der Hausagitation unter der weiblichen Arbeiterschaft. Die Berliner Kommission hat aber ihre Tätigkeit dahin erweitert, daß sie sich in jeder Branchenversammlung durch eins ihrer Mitglieder vertreten läßt.

Der Gau Hannover hat Schulungsabende für Arbeiterinnen eingerichtet. Solche Abende fanden im Jahre 1913 statt 127 (gegenüber 45 im Jahre 1912). Außerdem fanden im Gau in der Berichtszeit noch 11 Frauenversammlungen statt, wo neben wirtschaftlichen auch Erziehungsfragen behandelt wurden. In den Schulungsabenden wurden alle einschlägigen Fragen der Agitation und Organisation, Betriebsangelegenheiten, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zeitfragen behandelt. Durch diese systematische Schulungsarbeit wird erzielt, daß die Arbeiterinnen die Verhältnisse, unter denen sie leiden, richtig würdigen lernen, erkennen wie notwendig es ist mitzukämpfen gegen die Ausbeutungssucht der Unternehmer, deren willigste Ausbeutungsobjekte ja leider die Arbeiterinnen sind. Das Versammlungsleben erfährt auch eine Bereicherung dadurch, daß im Gegensatz zu früher sich an der Diskussion mehr und mehr Kolleginnen beteiligen. Immerhin ist noch viel Gleichgültigkeit und Vorurteil zu überwinden. Ist doch die Zahl der Arbeiterinnen noch groß, die ihren Kolleginnen, die sich in den einzelnen Verwaltungskörperschaften im Interesse der Arbeiterinnen betätigen, nicht das Verständnis entgegenbringen, welches zum gedeihlichen Zusammenarbeiten Voraussetzung ist. Zwei weitere Gaue haben ebenfalls beschlossen, Schulungsabende für Arbeiterinnen einzuführen. Einige Orte treffen auch besondere Veranstaltungen für Arbeiterinnen, um deren Interesse für die Organisation zu beleben. So hat z. B. Hamburg im Berichtsjahr 39 Arbeiterinnenversammlungen veranstaltet. Zwickau hält allmonatlich eine Arbeiterinnenversammlung ab und läßt die Einladungen dazu den organisierten weiblichen Mitgliedern durch die Mitglieder der Agitationskommission ins Haus tragen. Wir schreiten also vorwärts!

Sind auch die Schwierigkeiten, die sich der Betätigung der Arbeiterinnen am gewerkschaftlichen Leben hindernd in den Weg stellen, noch nicht behoben, so haben doch die 1802 Kolleginnen bewiesen, daß man trotz aller Hemmnisse für die Organisation wirken kann, wenn man nur will. Es besteht auch begründete Hoffnung, daß das gute Beispiel in Zukunft mehr Nachahmung findet. Erweitert sich doch das Betätigungsfeld für die Kolleginnen mit der Zunahme der weiblichen Mitgliedschaft immer mehr. Die Fortschritte der letzten Jahre haben bewiesen, daß die Arbeiterinnenkonferenzen des Jahres 1910, die die Kolleginnen im gesamten Verbandsgebiet zur Mitarbeit aufriefen, erfreuliche Erfolge gezeitigt haben. Die wachsende Beteiligung der Kolleginnen am gewerkschaftlichen Leben ist die sicherste Gewähr dafür, daß sie selbst die Notwendigkeit ihrer Mitarbeit erkannt haben.

Kann das Ergebnis dieser Entwickelung auch befriedigen, so muß doch darauf verwiesen werden, daß da, wo es bisher noch nicht geschah, ebenfalls Arbeiterinnen zur Mitarbeit herangezogen werden. Es liegt im Interesse jeder Organisation mit weiblichen Mitgliedern, sich agitatorische Mitarbeiterinnen aus den Reihen ihrer weiblichen Mitglieder heranzubilden. Ist doch die gut organisierte Kleinarbeit, von vielen Personen ausgeführt, das beste und sicherste Mittel, jede Organisation vorwärts zu bringen.

Martha Hoppe.

Moderne Dollar-Jäger.

Man schreibt uns:

J. K. Schon längst hatte ich die Absicht, die Spalten der Arbeiterpresse in einer Sache in Anspruch zu nehmen, die im Interesse der Verdienst und Beschäftigung Suchenden gar nicht genug bekannt werden kann. Hunderten armer Teufel würde manche trübe Erfahrung, die nur in einer Verschlechterung ihrer pekuniären Lage besteht, erspart geblieben sein, wenn sie in der Sache unterrichtet gewesen wären. Allein der Umstand, daß es mir an Zeit fehlte, dieweil ich leider 16 Stunden pro Tag im Dienste des Kapitalismus emsig schaffen mußte, um des liebes Brotes willen, mir also keine Zeit übrig blieb für eine derartige schriftliche Arbeit, mußte sie unterbleiben. Da ich aber nun infolge der schlechten Konjunktur selbst beschäftigungslos geworden bin und also Zeit habe, übergebe ich im allgemeinen Interesse, aber ganz speziell im Interesse der Verdienst und Beschäftigung Suchenden folgendes der Oeffentlichkeit, selbst auf die Gefahr hin, daß ich die modernen Dollar-Jäger dadurch in Ausübung ihres Berufes etwas stören und hindern sollte. Das ist aber auch gerade der Zweck meiner Publikation, denn jene Herren Dollar-Jäger haben sich gerade die Verdienst- und Beschäftigungslosen als Wild, auf welches sie Jagd machen, ausersehen und beuten diese Opfer der heutigen anarchistischen Wirtschaftsweise aus in einer Weise und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre.

Seit ungefähr zwei Jahren befinden sich in fast allen bürgerlichen Zeitungen, speziell in den sogenannten General- und Lokalanzeigern, größere und kleinere Inserate mit etwa folgendem Text: „Gute und sichere Existenz durch Uebernahme einer Versandstelle, monatlich 600 Mk., Prospekt gratis.“ Oder auch: „Glänzender Verdienst, 100—700 Mk. monatlich im Nebenerwerb durch Postversand.“ Oder auch: „Nebenerwerb oder Existenz für jedermann im eigenen Heim mit geringen Mitteln durch Postversandgeschäft, 400 Mk. monatlich, Prospekt gratis.“ Oder auch: „Wir richten noch einige Postversandgeschäfte ein, kein Risiko, nur geringe Mittel erforderlich, hoher Gewinn, auch als Nebenerwerb, geeignet für strebsame Personen jedes Standes. Prospekt gratis.“

Noch in vielen anderen Variationen findet man diese Inserate zu Hunderten in den genannten Zeitungen. Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig und Zeitz sind meistens die Städte, wo die Herren ihren Sitz haben und von wo aus sie Jagd machen auf diejenigen, die leider nicht alle werden. Auf solche Inserate hin senden nun Tausende ihre Offerte ein und bewerben sich um eine solche glänzende Existenz, ersuchen um Berücksichtigung und um Zusendung des Prospektes und um näheren Bescheid. Mir wurde ein Fall bekannt, wo sich auf ein Inserat 192 Bewerber meldeten. Nach einigen Tagen erhalten diese Bewerber einen gedruckten Brief unter Kreuzband mit meistens folgender Einleitung: „Auf mein (oder unser) Inserat betreffend Postversandgeschäft erhielt ich Ihre gefl. Zuschrift und bitte Sie, nachstehenden Zeilen Ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist heutzutage nicht leicht, ohne besonderes Betriebskapital eine sichere Erwerbsquelle zu finden, die geeignet ist, eine auskömmliche und angenehme Existenz zu bieten, oder einem Angestellten in seiner freien Zeit einen lohnenden, bei der herrschenden Teuerung oft dringend erforderlichen Nebenverdienst zu verschaffen, oder einem Erwerbslosen eine neue Existenz zu gewährleisten. Nichts ist dazu besser geeignet, als die Begründung eines Postversandgeschäftes, und es dürfte auch Ihnen bekannt sein, daß durch ein solches Geschäft viele Leute, die vor kurzer Zeit noch gar nichts besaßen, schnell zu großem Reichtum gelangt sind. So gut, wie Sie jetzt befähigt sind, als Angestellter für Ihren Chef Geld zu verdienen, oder irgendein Geschäft zu betreiben, das Ihnen aus irgendeinem Grunde kein genügendes Einkommen bringt oder Ihre Zeit nicht ganz ausfüllt, ebenso gut können Sie, wenn Sie meinem durchaus reellen Angebot Vertrauen entgegenbringen, sich ein sehr gewinnbringendes Postversandgeschäft einrichten.“ Nach dieser langen Einleitung geht es nun drei Quartseiten im selben Tone weiter und werden die Lichtseiten sowie die Gewinnchancen eines solchen Geschäftes in den hellsten Farben geschildert. Alsdann erfolgt die Besprechung der rein technischen und kaufmännischen Materie, natürlich in ebenfalls rosigem Lichte und ist ein Mißlingen nach jener Darstellung vollständig ausgeschlossen. Der ganze lange Brieftext ist nur darauf berechnet, einen suggestiven Einfluß auszuüben, eine Spekulation, die in den allermeisten Fällen Erfolg hat. Endlich zum Schlusse nun wird eröffnet, daß der Bewerber 1,50 Mk. einsenden möge, wofür ihm eine Broschüre sofort geschickt werde: „Das moderne Postversandgeschäft.“ Er kann auch selbige per Nachnahme zu 1,75 Mk. erhalten. In dieser Broschüre sei alles enthalten, was zur Begründung eines Postversandgeschäftes benötigt wird, darin seien alle Winke, technische Fragen und kaufmännische Kunststücke längst alle praktisch erprobt, überhaupt darf nur der Apparat in Bewegung gesetzt werden, d. h., Waren bestellen, Reklame machen; Bestellungen kommen sofort und täglich bringt der Postbote das Geld ins Haus, und die glänzende Existenz ist fix und fertig. Ein Fehlschlagen ist ausgeschlossen. — 75 bis 90 Proz. aller Bewerber lassen sich nun die Broschüre meistens gegen Nachnahme (1,75 Mk.) senden, gratis ist selbige also nicht, wie es in den Inseraten heißt, denn diese Broschüre ist doch eigentlich der Prospekt, das ist aber die erste, wenn

---

uns diesmal, wir wünschen, daß auch in diesen Betrieben ein guter Geschäftsgang Platz greift.

Alles in allem: Der Geschäftsgang ist gut, sehr gut, die Textilfabrikanten machen glänzende Geschäfte — und die Arbeiter verschlafen die günstige Zeit. Statt jetzt sich aufzuraffen, um die Lebenslage zu verbessern, läuft der größte Teil noch den christlichen Führern nach, die den Mut nicht finden, endlich eine gewerkschaftliche Tat zu vollbringen.

Im allgemeinen sind die

Damenstoffwebereien

gut beschäftigt. Eine Ausnahme machen die Orte Gera und Greiz. In Gera sind einige Betriebe voll beschäftigt, in anderen dagegen stehen bis zu 50 Proz. der Webstühle leer.

Aus den Bezirken der

Baumwollwebereien

lauten die Berichte ganz verschieden. In Reichenau i. S. ist es noch schlechter geworden. Im April standen 1047 Webstühle still, am 14. Mai waren es **1133**. Die Firma Preibisch ließ zur Berichtszeit noch immer nur 3 Tage pro Woche arbeiten. In Langenbielau ist die Beschäftigung mittelmäßig. Bei einigen Firmen mehren sich die leerstehenden Stühle. Aehnlich lautet der Bericht aus Reichenbach i. Schl. Ein Betrieb läßt hier schon wieder nur 5 Tage arbeiten. Nur zwei Betriebe sollen noch gut beschäftigt sein. In Mülhausen i. E. sind die Buntwebereien sehr gut beschäftigt. Die Betriebe in Hof weisen sehr verschiedenartige Beschäftigung auf. In zwei Betrieben muß tagelang auf Ketten gewartet werden. Sehr flott geht es bei Münch u. Co. und in der Neuen Baumwollspinnerei und Weberei Hof. Aehnlich liegt es in Augsburg. Der Geschäftsgang ist mittelmäßig. Dank der Abwanderung von Arbeitskräften ins Baugewerbe ist keine wesentliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Flaggenstoffweberei in Reichenbach i. V. hat schlechten Geschäftsgang; die anderen Sparten sind gut beschäftigt.

Auch in den

Leinenwebereien

hapert es noch vielfach an genügender Beschäftigung. Die Webstuhlzählung vom 9. Mai ergab, daß in Landeshut i. Schl. von 3646 Webstühlen **709 leerstanden.** Nicht eingerechnet sind die Stühle, wo auf Ketten gewartet werden mußte.

Die **Teppichwebereien**

für billigere Artikel sind meist schlecht beschäftigt; für bessere Artikel liegt in einigen Orten etwas mehr Beschäftigung vor. Schlecht geht es in Oelsnitz i. V. Bei der größten Firma wird in 14 Tagen nur an 9 Tagen gearbeitet und seit dem 1. Mai darf nicht über 30 Mk. in 14 Tagen verdient werden. Die Lager in fertiger Ware sollen sehr groß sein. Auch andere Firmen haben ungenügend Beschäftigung. Sie scheinen durch ihre Unnachgiebigkeit beim letzten Streik aus dem Geschäft gekommen zu sein.

Die

Jutefabriken

sind zum Teil ungenügend beschäftigt.

Normal ist die Beschäftigung in den

Gardinenwebereien.

Die

Tüllwebereien

weisen einen guten Geschäftsgang auf.

Mittelmäßig sind die

Seidenwebereien

beschäftigt.

Etwas abgeflaut ist die Beschäftigung in den

Seidenbandwebereien.

In der Hausindustrie macht sich das schon bemerkbar. Die Mode- und Wäschebandindustrie ist andauernd schlecht beschäftigt. Kleiderbesätze und Wäschebändchen bringen nur wenig Aufträge. In letzterem Artikel sind es minderwertige Fassons, welche noch verlangt werden. Namen-, Marine- und Sportbänder gehen leidlich, jedoch nicht gut. Flott wird der Artikel Miederband hergestellt. Eine Reihe von Betrieben hat diesen Artikel in letzter Zeit aufgenommen. Auch in der Fabrikation von Hosenträgern macht sich ein Abflauen bemerkbar, wenn auch vor der Hand von einem schlechten Geschäftsgang nicht gesprochen werden kann. Gürtel und sonstige elastische Bänder gehen schlecht, mit Ausnahme von Strumpfband, welches noch am besten geht.

Die

Deckenwebereien

im Hohenstein-Ernstthaler Bezirk sind, soweit es sich um waschechte Ware handelt, noch halbwegs beschäftigt; befriedigend ist der Geschäftsgang noch nicht gewesen. In den Buntwebereien (Möbelstoffe) geht es ganz schlecht.

Im Chemnitzer Bezirk hat sich das geschäftliche Leben in den

Trikotagefabriken

wesentlich gebessert. Zahlreiche Bestellungen in Sommerware haben das bewirkt. Im benachbarten Hohenstein-Ernstthal geht es noch schlecht. Im Limbacher Bezirk ist die Beschäftigung normal.

Die **Strumpfwirkereien**

sind noch immer gut beschäftigt.

In der **Strickerei**

geht es meistenteils noch schlecht. In Apolda ist noch großer Arbeitsmangel zu verzeichnen.

In der Raschel- und Kettenbranche scheint es ja etwas lebhafter zu gehen; jedoch wird es allem Anschein nach nicht von langer Dauer sein.

In der Rundstuhlbranche ist flott zu tun und wird hier in den meisten Betrieben in Ueberstunden gearbeitet. Diese Branche macht den übrigen Branchen in der Wirkerindustrie eine kolossale Konkurrenz.

Sehr traurig sieht es in der

Stickereiindustrie

des Vogtlandes aus. Aus dem Hauptorte Plauen liegt uns leider kein Bericht vor, wohl aber aus Oelsnitz, von wo gemeldet wird, daß von **781 Maschinen 385 stillstehen.** In Berlin zeigt sich ein kleines Aufleben, aber es ist zu bedeutungslos.

Von der **Stoffhandschuhbranche**

kann gesagt werden, daß sich die Beschäftigungskurve etwas unter normal bewegt.

Die **Riemendreherei**

ist schlecht beschäftigt, und zwar so ziemlich in allen Artikeln, abgesehen von Gummiartikeln. Gegen den Vormonat haben auch die Hutlitzen nachgelassen. Verschiedentlich gehen die Betriebe schon wieder zu Feierschichten über.

Flott gehen lediglich Gummiartikel, insbesondere Gummilitzen und Kordel.

In der **Posamentenindustrie**

ist an den meisten Orten noch nichts von Besserung zu bemerken.

Die Beschäftigung in den

Veredelungsanstalten

ist in der Regel angepaßt dem Beschäftigungsgrad in den Betrieben der garnverarbeitenden Branchen. Die Mehrzahl der Betriebe sind gut beschäftigt.

auch kleine Täuschung. Was der so lange Brief noch nicht fertig gebracht hat an Lobpreisungen, das besorgt nun die Broschüre; darin tritt nun der Dollar-Jäger mit allen Finessen und aller Gerissenheit auf, und übt diese Broschüre nicht bloß einen suggestiven, sondern sogar einen hypnotischen Einfluß aus, so daß leider sehr viele darauf hineinfallen. Die in der Broschüre aufgestellten Rentabilitätsberechnungen zeigen selbstredend mit mathematischer Genauigkeit einen monatlichen Gewinn von 400 bis 700 Mk. Aber ebenso sicher ist, daß 99 von 100, welche darauf eingehen und einen Versuch damit machen, schon nach einem Monat ein paar hundert Mark zugesetzt haben, d. h., wenn sie soviel haben; mir sind solche Fälle bekannt. Die meisten Versucher borgen bei Bekannten und Verwandten 75 bis 100 Mk. zusammen — denn soviel ist erforderlich, um einen Versuch zu machen — bestellen Ware, machen Reklame durch Zeitungsinserate, preisen nun die gekaufte Ware zum Verkauf an, aber die Besteller bleiben aus, und auch der Postbote bringt kein Geld. Das Betriebskapital ist zu Ende, und die Versucher sind um eine recht trübe Erfahrung reicher, aber um 75 bis 100 Mk. ärmer geworden. Am besten und gelindesten kamen diejenigen davon, die sich mit dem Kauf der Broschüre begnügten; sie verloren wenigstens nur 1,50 resp. 1,75 Mk.

Ja, durch Erfahrung wird man meistens arm, aber nicht reich. Dieses Sprichwort trifft auf diese Opfer der Dollar-Jäger zu, im verwegensten Sinne des Wortes. Es kann aber auch gar nicht anders kommen. Die zu führenden Artikel sind meistens Mittel zur Schönheitspflege, Körperpflege, hygienische Bedarfsartikel, allerlei kosmetische und sanitäre Spezialitäten, auch Apparate zur Büstenpflege, sowie auch Apparate, um Runzeln und Falten zu beseitigen, auch Genußmittel und medizinische Präparate und Traktätchen fehlen nicht. In diesen Dingen ist ebenfalls überall Ueberfüllung und große Konkurrenz. Zudem ist die übergroße Masse des Volkes kaufunfähig und bleiben etwa 3 Proz. der Bevölkerung als Käufer übrig für diese Sachen. Früher, als dieses Geschäft in dieser Weise tatsächlich gut gegangen ist, da machten diese Herren selbst diese Geschäfte und steckten die 700 Mk. pro Monat in die Taschen, es fiel ihnen nicht im entferntesten ein, durch Einrichtung von Postversandgeschäften in allen Orten sich bittere Konkurrenz zu machen und aus reiner Nächstenliebe diese 700 Mk. pro Monat anderen Leuten in die Tasche zu bugsieren. Da bei diesen Herren nun das Detail-Versandgeschäft nicht mehr geht, da haben sie nun den Trick erfunden, allerorts Postversandgeschäfte zu gründen, und machen nun ihr gutes Geschäft mit dem Engros-Versand, wozu ihnen die zu gründenden Postversandgeschäfte als Abnehmer dienen sollen. Gelingt es bei vielen nicht, sie zum Versuche eines Postversandgeschäftes, d. h. zur Gründung eines solchen, zu bringen, so machen diese Herren durch den Vertrieb der Broschüren ein recht gutes Geschäft. Die Broschüre hat einen relativen Wert von 35 Pf. höchstens, und man bedenke, daß hunderttausende von diesen Broschüren versendet, also verkauft werden. Der entlegenste Winkel im ganzen Deutschen Reiche wird heimgesucht mit diesen verlockenden Inseraten, und allerorts finden sich einige Bewerber, weil ja immer der dritte Mensch Nebenverdienst sucht resp. braucht, oder gar eine ganze neue Existenz bei ihm vonnöten ist. Die zu führenden Waren muß der Neuling natürlich von der Firma nehmen, von der er die Broschüre, sowie alle zur Betreibung eines solchen Geschäftes nötigen Utensilien gegen Geld bezogen hat. Da jene Dollar-Jäger auch wissen, daß jeder Anfänger, besser gesagt, jeder, der auf den Leim geht, über den Versuch nicht hinauskommt, und auch zum Anfang nur kleine Posten von den Artikeln, die er führen will, bestellt, auch wegen des kleinen Kapitals, das ihm zur Verfügung steht, nicht mehr bestellen resp. einkaufen kann, so sind die Preise eben auch so gestellt, daß der Dollar-Jäger ein gutes Geschäft macht. Die Waren werden nur gegen bare Kasse geliefert. Die Einkaufspreise stehen im Verhältnis zu folgendem Beispiel: Haartinktur, 1 Flasche, bei Entnahme von 10 Flaschen 2,25 Mk., bei 20 Flaschen 2,10 Mk., bei Entnahme von 100 Flaschen 1,65 Mk. pro Flasche! Ja, jene Herren haben ein sehr weites Gewissen; um Geld zu ergattern, ist ihnen jedes Mittel heilig, es stört sie nicht im geringsten, daß sie durch ihre Geschäftspraktiken die Not und das Elend vergrößern in Familien, bei denen die Not ohnehin permanent zu Gaste war, und denen sie in allen Tonarten vorschwatzen, sie würden ihnen helfen. „Am Golde hängt, ja, nach Gold drängt doch alles." Das ist das Charakteristikum der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, und Stützen dieser Gesellschaft sind zweifelsohne auch die Dollar-Jäger. Diese ganze Gesellschaft ist bar jeglicher Moral, denn sonst würde die Presse dieser Gesellschaft nicht solche Inserate aufnehmen, denn diese Presse ebnet ja den Weg dazu, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in dieser Form zu betreiben; die Ausbeutung ist eben an keine Form gebunden und ist gesetzlich erlaubt. Der ganze Postversandgeschäft-Einrichtungsschwindel ist eben juristisch so spitzfindig zurechtgedrechselt, daß das Strafgesetz keine Handhabe bietet, dagegen einzuschreiten, es gäbe da sonst Arbeit für Staatsanwälte. Hier hilft nur Aufklärung durch die gesamte deutsche arbeiterfreundliche Presse, und wird jede arbeiterfreundliche Zeitung um Abdruck gebeten. Denn nur dadurch kann jenen Dollar-Jägern das Handwerk gelegt werden, und das ist der Zweck dieses Artikels.

Strangfärber von Barmen!

Im Auftrage der gesamten Vertrauensleute der Färber hatte der Deutsche Textilarbeiterverband am 21. April bei den in Betracht kommenden Organisationen der Färbereibesitzer beantragt, gleich den Seidenfärbern, auch den in den Baumwollfärbereien, Bleichereien usw. beschäftigten Arbeitern den Wochenlohn von 26 Mk. zu gewähren. Die Bewilligung wäre einer Erhöhung des Mindestlohnes um 1 Mk. gleichgekommen.

War die Forderung unbescheiden oder etwa ungerechtfertigt? Durchaus nicht! Sie wurde aber abgelehnt.

Die Seidenfärber erhalten sei Mitte des Jahres 1913 einen Lohn von 26 Mk. Durch den vorjährigen Kampf haben sie eine Lohnerhöhung von 1 Mk. pro Woche errungen. Die Baumwollfärber sind damals nicht mit in den Kampf getreten; sie hielten es für selbstverständlich, daß die etwaige Lohnerhöhung für die Seidenfärber auch ihnen gewährt würde. Andererseits ließ aber auch die Organisation unter den Baumwollfärbern zu wünschen übrig, so daß ein Kampf hier nicht die sichere Aussicht auf Erfolg bot. Der Mangel einer lückenlosen Organisation unter den Baumwollfärbern hat sich bitter gerächt. Seit zirka Jahresfrist werden sie um 1 Mk. niedriger entlohnt wie die Seidenfärber.

Wohl versprachen einige Färbereibesitzer, bei besserem Geschäftsgang den Lohn von 26 Mk. zu zahlen, vereinzelte setzten dies auch in die Tat um. Aber auch nur Vereinzelte; im allgemeinen blieb es bei den Versprechungen.

Trotzdem die Art der Beschäftigung in den Färbereien keine großen Unterschiedlichkeiten aufweist, trotzdem sogar die Arbeit in den Baumwollfärbereien weit anstrengender ist, trotz aller Versprechungen wurde der eingangs erwähnte Antrag auf Gleichstellung in der Entlohnung abgelehnt.

Der Verein der Färberei- und Bleichereibesitzer begründet die Ablehnung der Forderung unter anderem damit, daß diejenigen Arbeiter, welche nur irgend etwas mehr als die Hilfsarbeiten leisten, bereits höher entlohnt werden. Das trifft nicht zu, wenn man nicht die übergroße Mehrzahl der Baumwollfärber zu Hilfsarbeiter degradieren will. Die Regel ist, daß die Färber eine mehrjährige Lehrzeit durchgemacht haben, sie haben daher Anspruch auf eine entsprechende Entlohnung. Damit können sich die Färber nicht zufrieden geben, daß sie erst zu Hilfsarbeiter gestempelt und dann als solche als bisher angemessen entlohnt angesehen werden. Aber auch selbst dann, wenn alle Hilfsarbeiter wären: sie leisten werteschaffende Arbeit, sie wollen diese Arbeit so bezahlt haben, daß sie neben der Erhaltung ihrer Kraft und Arbeitsfähigkeit auch eine Familie ernähren können. Dazu genügt der bisherige Lohn bei weitem nicht.

Als weiterer Ablehnungsgrund wird der schlechte Geschäftsgang angeführt. Es mag ruhig zugegeben werden, daß der Geschäftsgang zu wünschen übrig läßt, doch vorübergehende Flauen muß eine Branche ertragen können und kann sie auch ertragen, ohne den Arbeitern den wohlverdienten Lohn vorzuenthalten. Außerdem war der Geschäftsgang in den Färbereien andauernd belebter als in weiten Zweigen der Fertigindustrie. Was in den Seidenfärbereien möglich ist, muß in den Baumwollfärbereien möglich gemacht werden.

Selbst Färbereibesitzer haben zugegeben, daß 26 Mk. gezahlt werden können, ja, daß auch noch weit mehr gezahlt werden kann. Aber warum sollten sie höhere Löhne zahlen? Diese Frage richtet sich an die Färbereiarbeiter. Es kann mehr gezahlt werden, wenn die Färbereibesitzer durch ein geschlossenes Vorgehen der Färber dazu genötigt werden. Es sind Baumwollfärbereien im Tale, wenn auch nur wenige, welche einen Wochenlohn von 26 Mk. zahlen, damit ist der Beweis vollgültig erbracht, daß die Färbereibesitzer den Lohn zu zahlen in der Lage sind. Freilich, der Gewinn wird dadurch etwas geschmälert, aber für die Färber würde es etwas mehr Sonne in das traurige Dasein bringen.

Kollegen und Kolleginnen! Die Ablehnung der Forderung, einer Forderung, die nur Selbstverständliches verlangte, zeigt deutlich, daß es mit Eingaben an die Unternehmer nicht getan ist. Hinter den Forderungen muß der entschlossene Wille stehen, denselben Geltung zu verschaffen, und wenn es nicht anders geht, dann durch den Kampf. Alle bisherigen Lohnerhöhungen in den Färbereien sind nur durch Kampf errungen worden, anders wird es auch jetzt nicht gehen in den Baumwollfärbereien. Die Baumwollfärber müssen sich auf eigene Füße stellen, müssen, genau wie die Seidenfärber, alles zum Kampf vorbereiten. Die Parole muß lauten:

Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Keinen Augenblick darf mit dem Beitritt gezögert werden. Nach 26 wöchentlicher Beitragszahlung wird das Mitglied unterstützungsberechtigt und tritt in den vollen Genuß der statutarischen Streikunterstützung. Bis zum Eintritt eines zum energischen Vorgehen geeigneten Geschäftsganges ist es möglich, die Unterstützungsberechtigung im Verband zu erwerben.

Keiner darf die dringende Mahnung unbeachtet lassen, es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Es handelt sich um bessere Existenzbedingungen der Färber, diese zu erreichen, ist es Vorbedingung, daß die Färber bis auf den letzten Mann dem Deutschen Textilarbeiterverband beitreten.

Nichtorganisierte und Nichtunterstützungsberechtigte werden in kommenden Kämpfen unter keinen Umständen auf Unterstützung zu rechnen haben. Mit dieser früher wohl mal geübten Praxis ist endgültig gebrochen worden. Wer es also ernst meint mit seinem Vorwärtskommen, wer nicht feige zurückstehen oder gar Streikbrecher werden will, muß sich nunmehr organisieren.

Jeder Arbeiter weiß und sieht es jetzt wiederum deutlich durch die Ablehnung der fast sträflich bescheidenen Forderung, daß nur durch ein geschlossenes und entschlossenes Vorgehen, daß nur durch den Kampf eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgesetzt werden kann. Wer also seine Lebenslage verbessern will, muß sich für den Kampf vorbereiten, muß sich organisieren. Wer nicht organisiert ist, schwankt in der Mitte zwischen Organisierten und Gelben, und kein Mensch weiß, auf welche Seite er im Ernstfalle fallen wird; er setzt sich aber dem begründeten Verdacht aus, daß er in solchem Falle im gelben Sumpfe untergeht.

Wer das nicht will, wer als freier Mann sein Brot ehrlich erwerben und erkämpfen will, der trete ein in die Reihen der Arbeiterbewegung, in die gewerkschaftliche Organisation. Der besinne sich keinen Augenblick mehr, sondern werde Mitglied im Deutschen Textilarbeiterverband.

Allgemeine Wochenschau.

✡ **Gibt es Unternehmerterrorismus?**

Man kann sich diese Frage nach der Lektüre des nachfolgenden Briefes beantworten, der einem Kollegen zuging, welcher bei der antwortenden Firma um Arbeit anfragte:

Niehues u. Dütting
Baumwollspinnerei, Weberei, Färberei und Bleicherei
Nordhorn (Prov. Hannover), den 4. Mai 1914.

Herrn . . . . .

Antwortlich Ihres Schreibens teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht abgeneigt wären, Ihre Familie einzustellen, und bedingen aber, daß Ihre Frau eine tüchtige Mittelfleyerin ist, die auf elektrischer Abstellung arbeiten kann.

In diesem Falle wollen wir die anderen Arbeiter mit übernehmen.

Es empfiehlt sich daher, daß Ihre Frau erst allein herüberkommt und werden wir Ihnen behilflich sein im Anfange. Wir vergüten der Frau 4 Mk. per Tag und werden die Möbel sodann vorschußweise auslösen und für eine Wohnung sorgen, wenn wir sie gebrauchen können. Gardinenarbeiter verdienen im Wochenlohn 25 Mk.; aber nur dann, wenn sie feste Stelle haben. Aufstecker 10 bis 16 Mk. im Akkord. Mittelspinnerinnen 22 bis 30 Mk.

Schreiben Sie uns, was Sie tun wollen bezüglich des Eintrittes. Auf längere Bedenkzeit lassen wir uns nicht ein. Organisierte oder sonst nicht einwandfreie Arbeiter beschäftigen wir auf die Dauer nicht. Falls Sie weitere Bekannte mitbringen wollen, so geben wir Ihnen bekannt, daß wir zurzeit nur Fleyer gebrauchen können und alles andere genug haben; desgleichen nur ordentliche christliche Mädchen im Betriebe dulden und gut bezahlen.

Niehues u. Dütting, Nordhorn
Baumwollspinnerei und Weberei
Der Betriebsleiter der Spinnerei: (Name).

Organisierte Arbeiter werden also mit „sonst nicht einwandfreien" Leuten in einen Topf geworfen und einfach dem Hunger überliefert. Gibt es Unternehmerterrorismus oder nicht?

Pfui Teufel!

Der „Landarbeiter" berichtet: Die Nr. 27 der „Allgemeinen Schweizer-Zeitung", das Organ des jetzt zu den Behrenschristen übergetretenen Plauenschen Schweizerbundes, leistet sich unter der Unterschrift: „Ein treues Mitglied", folgende Blüte edelster Gesinnung:

Eine Warnung für ausländische Kollegen, die in Deutschland arbeiten.

Die Sozialdemokratie möchte, das ist ihr ausgesprochener Wille, die Verfassung stürzen. Es ist das gute Recht des Staates, daß er diesen umstürzlerischen Bestrebungen, die viele Köpfe verwirren, hindernd in den Weg tritt. Wenn sich aber nun gar Ausländer, die bei uns Gastrecht in ausreichendem Maße genießen, dazu herbeilassen, der revolutionären Sozialdemokratie Vorspanndienste zu leisten, so braucht sich das der Staat, indem sie ihr reichliches Auskommen finden, nicht bieten zu lassen.

Ein Kollege (Oberschweizer) in Ochshausen (Hessen-Kassel) hatte sich verleiten lassen, dem roten Feld-, Wald- usw. Verbande beizutreten, obwohl eine nationale Organisation vorhanden ist. Er war über acht Jahre in Ochshausen. Wenn die Stelle schlecht gewesen wäre, hätte er nicht so lange ausgehalten.

Die preußischen Landräte fackeln nicht! Durch seinen Beitritt zur roten Vereinigung hatte er schwer gegen das Gastrecht verstoßen. Ein amtliches Schreiben traf bei ihm ein, das ihn des Landes verwies.

Nun war der „Ochs haußen"!

Der Staat hat recht! Wenn ich ein Haus habe und ein Abmieter untergräbt dessen Grundmauern, so wäre ich töricht, wenn ich nicht von meinem Hausrechte Gebrauch machte!

Im schönen Kanton Bern aber sitzt nun der leichtfertige Kollege und trauert der schönen Stelle nach, die er eingebüßt hat. . . .

Ja, ja, wenn es einem gewissen langohrigen Tiere zu wohl wird!

Allen ausländischen Kollegen aber rufe ich zu: Hütet euch vor dem Eintritt in den roten Verband! Es kommt nichts Gutes dabei heraus: weder so — noch so!

Wieviel Roheit und „christlich"-kollegiale Schadenfreude zeigen diese Zeilen! Und wie stinkt die Schleicherkutte untertänigster Anbiederung! **Ein Gewerkschaftsblatt verherrlicht hier das ungesetzliche Gewaltmittel eines preußischen Landrats gegen eine Arbeiterorganisation!** So was schreibt ein Blatt, das den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter dienen soll! **Elendes Heuchlerpack! Pfui Teufel!**

Unternehmerkatechismus.

Der Verband der Papier- und Zellstoffabrikanten hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben geschickt, in dem sie belehrt werden, wie sie sich bei Konflikten mit den Arbeitern zu benehmen haben. Das Schriftstück gibt den Unternehmern folgende Ratschläge:

1. Allgemeine Regeln.

a) Nimm in allen Arbeiterfragen Fühlung mit der Fach- und Lokalorganisation des Arbeitgeberverbandes.

Beide Verbände müssen sich gegenseitig in die Hand arbeiten, **um drohende Streiks im Keime zu ersticken.**

b) Prüfe jede Forderung deiner Arbeiter daraufhin, wieweit du sie nach Lage deines Geschäftes **und ohne deine Berufsgenossen zu schädigen** bewilligen kannst.

Hast du eine Forderung einmal abgeschlagen **so beharre auf deinem Standpunkt.**

Die nachträgliche Bewilligung von Forderungen erregt bei deinen Arbeitern den Eindruck der **Schwäche** und ruft **neue Forderungen hervor.**

c) Versuche in deiner Fabrik einen **vaterländischen Werkverein zu gründen** oder deine Arbeiter wenigstens teilweise einem **nationalen Arbeiterverein anzuschließen.**

Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und wollen dir in Streikfällen **eine wertvolle Stütze sein.**

2. Fall des Ersuchens einer Gewerkschaft um den Eintritt in Verhandlungen mit dem Gewerkschaftssekretär.

a) **Lehne, soweit du vermagst, Verhandlungen mit der Arbeitergewerkschaft oder ihren Führern ab.**

b) Berufe dich darauf, daß die Vereinigung nicht befugt ist, deine gesamte Arbeiterschaft zu vertreten.

Verhandle, soweit du kannst, nur mit der eigenen Arbeiterschaft.

3. Fall des Ersuchens um Abschluß eines Tarifvertrages.

Vermeide den Abschluß eines Tarifvertrages, denn er wird dir keinen Frieden innerhalb deines Betriebes bringen. Die Gewerkschaften, die solche Tarifverträge selbst als Kampfverträge bezeichnet haben, werden nach Ablauf der geltenden Verträge neue Forderungen stellen und du mußt den Frieden eines oder mehrerer Jahre mit neuen Opfern bezahlen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß Ausstände gerade in jenen Fabriken auszubrechen pflegen, die mit den Arbeitern Tarifverträge abgeschlossen haben.

4. Fall des Ausbruchs eines Streiks.

a) Sollte ein Streik ausbrechen, so mache sofort der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes und womöglich auch der

Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Mitteilung unter genauer Darlegung der Ursachen des Streiks und unter Beifügung einer **alphabetisch geordneten Liste** nebst Geburtsdaten und Geburtsorten **der streikenden Arbeiter.** Mache auch deinem lokalen Arbeitgeberverband sogleich Mitteilung.

b) Teile der Geschäftsstelle sofort mit, welche übernommenen Lieferungen durch den Ausbruch des Streiks unmöglich werden und für welche Stoffe du eventuell der Aushilfe durch andere Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bedarfst.

c) Benachrichtige, wenn es dir zweckmäßig erscheint, deine Kundschaft von drohenden Schwierigkeiten oder Ausfall der Lieferungen.

d) Benachrichtige die Geschäftsstelle, ob du die **Besorgung von Arbeitswilligen** wünschest und eventuell in welcher Anzahl.

e) Erwäge, ob du durch eine völlige Stillegung des Betriebes die Beendigung des Streiks eher durchsetzen wirst, und ziehe eventuell den Rat der Geschäftsführung und des Vorstandes ein.

f) **Teile der Geschäftsführung mit, wieweit nach deiner Ansicht die Aussperrung von Arbeitern in benachbarten Fabriken zur Beendigung deines Streiks beitragen würde.** —

Dieser Unternehmerkatechismus gilt nicht nur in dem obengenannten Unternehmerverband, sondern in allen Unternehmerverbänden als Richtschnur des Handelns bei Konflikten im Arbeitsverhältnis. Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der in diesem Katechismus die Gründung „patriotischer" und „nationaler" Arbeitervereine als Mittel, Streiks niederzuringen, empfohlen wird. Dieser „Katechismus" wird sicher vielen Arbeitern die Augen öffnen und sie zu der freien Gewerkschaft führen.

Professorale Weltfremdheit.

Daß man ein sehr gelehrter Professor sein kann, ohne von recht greifbaren Dingen eine richtige Vorstellung zu haben, das bewies der Professor Herr Delbrück auf der jüngsten Tagung der Gesellschaft für soziale Reform. Er hat dort über die Koalitionen der Arbeiter und Unternehmer Ausführungen gemacht, die an Weltfremdheit nichts zu wünschen übrig lassen. Er brachte es fertig, die Gewerkschaften für den immer schärfer werdenden „verderblichen und vernichtenden Kampf" verantwortlich zu machen. Wie wenig das zutrifft, das zeigen die beiden Notizen in der „Allgemeinen Wochenschau" dieser Nummer, wo von dem Unternehmerkatechismus und der amtlichen Aufforderung der Sorauer Handelskammer zur **Brotlosmachung der organisierten Arbeiter** die Rede ist. Aber auch sonst gab der Herr Professor Exempel geradezu unbegreiflicher Unkenntnis der Wirklichkeit. Er sagte u. a.:

„In solchen wirtschaftlichen Vereinigungen liegt nun einmal der Zug zum Kampf und zum Extremen. (Erneuter Widerspruch.) Die Gelder sind da, ein Vorstand ist auch da. Wozu ist der Vorstand da, wenn nicht gekämpft wird? (Lachen und Unruhe.) **So kommt man zum Kampf bloß aus Machttrieb.** (Große Unruhe und lebhafte Zurufe.) Jawohl, das ist eine alte Erfahrung nicht aus unserer Zeit. (Zurufe: Die reine Theorie!) **Die Koalitionen der Arbeiter haben dann die Koalitionen der Unternehmer hervorgerufen.** Als die einen sich fest zusammenschlossen, taten es die anderen auch. (Lebhafter Widerspruch.) **Die Unternehmer sind dabei viel schwerer zusammenzubringen, weil sie Konkurrenten sind.** (Lachen. Zuruf: Das Umgekehrte ist richtig! Solche Unerfahrenheit!) Wenn die Entwickelung so weiter geht, werden die Gegensätze immer schärfer und dann kommt der wirtschaftliche Krieg mit seinen furchtbar verwüstenden Wirkungen. Vielleicht ist das Uebel unvermeidlich, aber man sollte es möglichst einschränken. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. **Eine Lahmlegung des wirtschaftlichen Daseins der Nation muß vermieden werden.** (Große Unruhe.)

„Solche Unerfahrenheit" — der Zwischenruf traf das Richtige. Wer heute der Anschauung ist, daß die Unternehmer beim Zusammenschluß ihrer Organisationen schwereres Spiel haben als die Arbeiter und ihren Konkurrenzkampf, der in den entscheidenden Industrien durch Konventionen und Kartelle längst zum alten Eisen geworfen wurde, als Hindernis ansieht, muß als vorsintflutliches Wundertier bestaunt werden. Genosse Robert Schmidt riet Herrn Professor Delbrück, einmal die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung zu studieren, dann würde er finden, daß die englischen Gewerkschaften, solange ihnen eine rechtliche Grundlage fehlte, vom schlimmsten Terrorismus Gebrauch gemacht haben. Sie haben Maschinen zerstört und anderes mehr. Das alles verschwand in dem Moment, in dem den englischen Gewerkschaften ihr Recht wurde.

Mordpläne unter den Brüdern in Christo.

Der mit glühendem Haß geführte Krieg zwischen den Brüdern in Christo, Richtung „Köln" und „Berlin", der bis jetzt hauptsächlich auf dem Papier ausgefochten wurde, soll nunmehr in das blutige Stadium übergeführt werden. Wie das „Katholische Deutschland" mitteilt, soll in den Kreisen der „Kölner" folgende Kriegserklärung an die Gegenpartei zum Vortrag gebracht worden sein:

Den Integral-Katholiken ins Stammbuch!
Ihr könnt das Hetzen nicht lassen,
Fürwahr, es ist kaum zu fassen;
Wollt Ihr denn so weiter hetzen,
Bis wir uns zerfleischen, zerfetzen?
Ich glaub, ich behaupt' nicht zu viel,
Wenn ich sag', dies ist Euer Ziel;
Doch Eins, Ihr Burschen, will ich auch Euch sagen:
Euch Schurken geht es zuerst an den Kragen:
Wir schlagen Euch kurz und klein
Das krumme, morsche Gebein:
Und oben auf langen Stangen
Da sollen Eure Häupter dann prangen;
Wie es dem Lumpengesindel gebührt,
Das stets den Haß nur geschürt.
Die Welt, sie wird erst genesen,
Wenn Eure stinkenden Leiber verwesen!

Der Einsender des zarten Poems fügt ängstlich hinzu: „Es gehen hier im geheimen **äußerst bedenkliche Dinge vor.** Die Erregung hier nimmt ständig zu und wird bald zu einer Explosion führen. Laien und Geistliche sind gleichmäßig davon ergriffen. Ganz besonders sind Eure Hochwürden (Dr. Nieborowski) und das Breslauer Domkapitel Gegenstand dieser rasenden Wut, — das Breslauer Domkapitel deshalb, weil man annimmt, daß es mit Eurer Hochwürden unter einer Decke spiele, die nur so zu erklären sei, daß es Ihnen Ihre Tätigkeit in der katholischen Aktion noch nicht untersagt habe. Um Ihnen zu zeigen, welchen Grad die Erregung hier erreicht hat, sende ich Ihnen umseitig die Abschrift eines Gedichts, das gestern abend in einer kleinen Gesellschaft, die sich als **„Komitee der Tat"** konstituiert hat, von einem Herrn im höchsten Fanatismus vorgetragen wurde. Es wurde offen davon gesprochen, **der Vorgang im Bureau des „Figaro" müsse in Deutschland Nachahmung finden.** Seien Sie um Gottes Willen auf der Hut! Ich bin im Herzen Berliner, äußerlich aber Kölner, **weil ich sonst geschäftlich hier in Verruf erklärt würde."**

Der Herr meint, bei einem Verbot der christlichen Gewerkschaften werde es „ohne blutige Zusammenstöße nicht abgehen". Etwas mutiger sieht Herr Pfarrer Nieborowski selbst in die Zukunft, denn er beruhigt den Einsender: „Wir müssen allerdings dem Einsender sagen, daß wir so sehr Schwarz in Schwarz nicht sehen. Bis jetzt haben es die mutigen „Kölner" in Breslau erst zu Denunziationen, Radau und Papierkugeln (nicht Bleikugeln) gebracht."

Nun was nicht ist, das kann noch werden. Es empfiehlt sich vielleicht ein Panzerhemd anzuziehen, **um die christliche „Liebenswürdigkeit" der Glaubensgenossen ungefährdet für Leben und Gesundheit entgegennehmen zu können.**

Textilmeister und Privatbeamtenversicherung.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat zur Versicherungspflicht von Stuhlmeistern, Saal-, Partie-, Web-, Revier- und Spinnmeistern folgenden Grundsatz aufgestellt:

I. Stuhlmeister (Saal-, Partie-, Web- und Reviermeister). Zu ihrer Tätigkeit können folgende Obliegenheiten gehören:

A. 1. Einlegen der Kette in den Webstuhl,
2. Vorrichten des Webstuhls im übrigen (Vorrichten der Jacquardeinrichtung),
3. Einsetzung des Wechselrades (abgesehen von der Tätigkeit unter B 2),
4. Beseitigung von Schäden am Webstuhl und Beseitigung von Störungen im Betriebe des Webstuhls.

B. 1. Aufsicht im Websaal, einschließlich der Aufsicht hinsichtlich der Arbeitsordnung,
2. Ausrechnen des Wechselrades nach schriftlichen Angaben über Art des Stoffes und des Musters,
3. Prüfung nach Herstellung eines entsprechenden Stückes Stoff, ob der Stoff dem Muster entspricht,
4. Beobachten der Maschinerie der Stühle während des Webens und der Ware während des Webens, und Verantwortlichkeit für den Ausfall der Ware,
5. Pflicht, im voraus dafür zu sorgen, daß jeder Stuhl Arbeit hat,
6. Dispositionen über die Stühle.

Personen, die lediglich die Obliegenheiten zu A haben, sind nicht versicherungspflichtig. Personen, die die Obliegenheiten zu B haben, sind versicherungspflichtig, und zwar auch dann, wenn sie gleichzeitig die Obliegenheiten zu A haben und auch, wenn die letzteren zeitlich überwiegen. Dabei genügt es, wenn von den Obliegenheiten zu B diejenigen unter Nr. 4 gegeben sind.

II. Derselbe Grundsatz gilt entsprechend für Spinnmeister.

Warnung.

Seit längerer Zeit schon belästigte ein gewisser

Hermann Feige

unsere Verbandsfunktionäre mit seinen unverschämten Betteleien. Feige reiste mit Frau und Kind im Lande herum und wußte für sich und seine Familie Mitleid zu erwecken. Das scheint der Familie soviel eingebracht zu haben, daß der Mann der Arbeit ganz Valet gesagt zu haben schien. Auch bei der Hauptverwaltung in Berlin sprach die Familie wiederholt vor; mit vollen Händen ging sie davon. Mit der Reiseunterstützung ist der Mann längst im Verbande ausgesteuert und an Lokalgeschenk hat er soviel bezogen, daß die Berliner Ortsverwaltung ihm ein neues Blatt ins Buch kleben mußte, damit Platz sei für neue Eintragungen. Wiederholt hat sich Feige Verbandsfunktionären gegenüber in rüpelhafter Weise benommen, besonders dann, wenn sie ihm nicht seinem Wunsch gemäß die Taschen füllten.

Dem Hauptvorstand wurde das Treiben des Feige schließlich zu bunt und er suchte ihm durch Abnahme des Mitgliedsbuches Einhalt zu tun. Auch schloß er Feige wegen verschiedener Verfehlungen aus dem Verbande aus. Das letztere schien Feige weniger schwer zu empfinden, als daß er auf sein Mitgliedsbuch verzichten mußte; dieses erleichterte ihm seine Bettelfahrten und verbürgte diesen gewisse Erfolge. Deshalb verlangte er sein Mitgliedsbuch zurück unter der Drohung, wenn er es nicht bekomme, werde er sich das Leben nehmen und der Verbandsvorstand habe dann seinen Tod auf dem Gewissen. Feige lebt aber immer noch. Um aber den Anschein zu erwecken, Feige habe wirklich seinem Leben ein Ende gemacht, gibt sich Frau Feige nun als Witwe aus und sucht als solche das Mitleid ihrer Mitmenschen zu erregen. Der lebende Feige kann, da er nicht mehr Verbandsmitglied ist, auch kein Verbandsbuch mehr hat, der Familie nichts mehr nutzen und hält sich nun wohl bei den Bettelfahrten unsichtbar. Um so mehr muß nun der angeblich tote Feige herhalten. Frau Feige sucht es nämlich so darzustellen, als ob der Verband Feige in den Tod getrieben habe, und sucht so für sich und ihr Kind Mitleid zu erregen. Wir weisen demgegenüber darauf hin, daß der Verbandsvorstand nur seine Pflicht gegenüber Feige erfüllt hat, wenn er ihm sein unsauberes Handwerk legte, und daß der ganzen Familie sicher schon zu viele Wohltaten erwiesen worden sind, so viel, daß sie glaubte, nichts mehr tun zu brauchen, um ihren Lebensunterhalt zu finden, als nur ein Verbandsbuch vorzuzeigen.

Vor Feige und seiner Frau sei hierdurch öffentlich gewarnt.

Das internationale Mitgliedsbuch.

Gelegentlich der Verbandsgeneralversammlung in Dresden machte der Kollege Möller, Vorsitzender der dänischen Bruderorganisation, uns darauf aufmerksam, daß dänischen Kollegen bei ihrer Zureise in Deutschland das dänische internationale Buch von den Ortskassierern abgenommen und dafür ein deutsches internationales Buch ausgestellt worden sei.

Abgesehen davon, daß in diesem Falle der dänische Verband das Geld für die Herstellung der Bücher fortgeworfen hat, macht es — wenn die Mitglieder wieder nach Dänemark zurückkehren — den Kassierern große Scherereien. Der dänische Staat gibt einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung, und das wird in das deutsche Buch gar nicht oder nicht richtig übertragen.

Wir weisen unsere Ortskassierer darauf hin, daß der dänische Bruderverband das internationale Mitgliedsbuch bereits bei allen seinen Mitgliedern zur Einführung gebracht hat, alle aus Dänemark Zureisende also ein internationales Buch haben. Aus diesem Grunde ist es falsch, den mit einem dänischen Buche Zureisenden ein deutsches internationales Buch auszustellen.

Reist dagegen ein Kollege aus Oesterreich, der Schweiz, Holland oder Schweden zu, so ist darauf zu achten, ob derselbe ein internationales Buch des Abreiselandes hat. Nur dann, wenn dieses nicht der Fall ist, wird demselben ein internationales Buch — und zwar ein Duplikatbuch — ausgestellt. Als Mitgliedsnummer wird in diesem Falle die des Abreiselandes in das Duplikatbuch eingestellt.

Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß bei Ausstellung von Duplikaten es oft versäumt wird, die Bezeichnung: dänische, deutsche, holländische, österreichische, schwedische oder schweizerische Stammnummer zu streichen. Das Nichtzutreffende muß bei Ausstellung von Duplikaten gestrichen werden, damit klar und deutlich hervorgeht, ob es sich um eine dänische, deutsche, holländische, österreichische, schwedische oder schweizerische Mitgliedsnummer handelt.

Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, obiges zu beachten.

Der Vorstand.

Nachwahl im 4. Kreis zum Internationalen Textilarbeiter- und zum Gewerkschaftskongreß.

Bei der am 10. Mai cr. stattgefundenen Neuwahl hat die Zentrale folgendes Ergebnis festgestellt: Es erhielten

zum Internationalen Textilarbeiterkongreß: Feinhals-Augsburg 1603 Stimmen, Hoschka-Stuttgart 1169 Stimmen, Voit-Hof 137 Stimmen, ungültig waren 20 Stimmen;

zum Gewerkschaftskongreß: Feinhals-Augsburg 1593 Stimmen, Raithel-Hof 141 Stimmen, Rödel-Stuttgart 1171 Stimmen, ungültig waren 25 Stimmen.

Für beide Kongresse ist also Josef Feinhals-Augsburg gewählt.

Generalversammlung.

Berichtigung.

Auf Seite 178 der vorigen Nummer muß es in dem Bericht über das Referat Hübschs statt: „Ob es schon möglich sein wird, sich auf einen Generalstreik finanziell vorzubereiten, müsse freilich abgewartet werden," heißen: „Ob es schon möglich sein wird, einen **Zentralstreikfonds** zu schaffen" usw.

In dem Bericht über die Ausführungen von Prillwitz auf Seite 172 zweite Spalte muß es nicht heißen „Versicherung der Verbandsangestellten gegen die Folgen von Unfällen", **sondern Versicherung aller Kollegen, die im Dienste des Verbandes körperlichen Schaden erleiden.** (Antrag 4 an die Verbandsgeneralversammlung.) Prillwitz hat nicht nur von den Angestellten, sondern von allen Kollegen oder Funktionären gesprochen, die im Dienste des Verbandes Unfälle erleiden.

Winzen-Berlin hat nicht gesagt, daß dort 80 Proz. organisiert seien, sondern 80 Proz. der Mitglieder in der höchsten Beitragsklasse zahlen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

In **Berlin,** in der Presserei und Gauffrieranstalt von Conrad Petzhold, kam es zu Differenzen. Der Anfangslohn beträgt dort 20 Mk. bei 54stündiger Arbeitszeit pro Woche, das macht pro Stunde 37 Pf. für einen Familienvater bei den teuren Berliner Verhältnissen. Die Firma klagt, daß die Arbeiter so viel Ware verderben, trägt aber selbst die Schuld durch den fortwährenden Wechsel der Arbeiter. Nur ein guter Stamm eingeübter Arbeiter garantiert eine gute Arbeit. Bei 20 Mk. läßt sich aber kein guter Stamm von Arbeitern schaffen, und deshalb der fortwährende Wechsel. Die Kollegen beschlossen deshalb im allgemeinen Interesse, ein Tarifverhältnis einzuführen und beauftragten ihre Organisation mit der Einreichung eines Tarifentwurfes; die darin enthaltenen Forderungen waren durchaus bescheiden. Anstatt nun diesen Entwurf sachlich und kühl erwägend zu prüfen und über die Möglichkeit seiner Einführung zu verhandeln, sandte die Firma eine von Nervosität zeugende, recht originelle Absage. Als auch eine Kommission der Kollegen ebenso abgespeist wurde, kam es zur Arbeitsniederlegung, die aber schon nach 5 Stunden durch Vergleichsverhandlungen wieder aufgehoben wurde. Einige Kollegen hatten schon während der Dauer der Bewegung je 1 Mk. pro Woche Zulage erhalten, weitere Zulagen sollen in nächster Zeit nachkommen. Ein Arbeiterausschuß wurde anerkannt und der halbe Streiktag von der Firma voll bezahlt. Es besteht die Hoffnung, daß in Zukunft alle Differenzen in friedlicher Weise beigelegt werden.

In **Glauchau-Meerane** sind die Streitigkeiten über die Anwendung des Rohwarentarifs für Artikel aus buntem Kettmaterial beigelegt. Bekanntlich ist durch die Arbeiterausschüsse aus den Webereien dieser Ortsgruppe den Webfabrikanten eine Eingabe behufs besserer Definierung für die Anwendung beider Tarife in der ersten Hälfte des Monats März

übermittelt worden; nach Ablauf der gestellten Frist für die Rückantwort kam es zur Arbeitsniederlegung in zwei Betrieben und zu Verhandlungen durch die Neunerkommission. Diese Verhandlungen (vorerst wurde die Arbeit wieder aufgenommen) wurden mehrmals abgebrochen und wieder aufgenommen, dies letztere zuletzt infolge Vermittelung der Geraer Webertarifkommission bei Nusch in Greiz. Letzterer war bei der Schlußverhandlung der Neunerkommission in Meerane am 13. Mai zugegen. Diese Schlußverhandlung brachte ein Angebot, mit dem sich die Weber und Weberinnen in Meerane und in Glauchau in Versammlungen einverstanden erklärten.

Soziales.

Bergarbeiterschutz in Italien. Der im Herbst 1913 vom Minister für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe angekündigte Bergarbeitergesetzentwurf ist der Kammer am 12. Februar vorgelegt worden. Der Entwurf bezieht sich auf Bergwerke, Höhlenarbeiten und Torfbrüche. Der Arbeitsvertrag der Arbeitnehmer wird durch das geltende allgemeine Recht geregelt, soweit nicht dies Sondergesetz andere Bestimmungen trifft. Das Bergarbeitergesetz schreibt den Erlaß von Arbeitsordnungen vor, welche Vorschriften über die Art der Lohnzahlung, die Arbeitszeit, etwa einzubehaltende Kautionen, Strafgelder usw. enthalten. Alle vom Arbeitgeber beabsichtigten Aenderungen der Arbeitsordnung müssen von der Behörde genehmigt und den Arbeitern bekanntgegeben werden und treten erst 14 Tage nach Bekanntmachung in Kraft. Anstellungen auf Probe sind für die Dauer von 8 Tagen und nur bei Arbeiten, die eine besondere Geschicklichkeit verlangen, für 14 Tage zulässig. Während der Probezeit können beide Parteien jederzeit sofort die Arbeit aufgeben, im übrigen muß eine mindestens achttägige Kündigungsfrist eingehalten werden. Die Lohnzahlung muß in bar erfolgen und in höchstens 14tägigen Fristen. Abzüge vom Lohne sind nur für bestimmte Zwecke (Versicherung, Kautionen, Strafgelder, Beiträge an einen behördlich genehmigten Konsumverein) und insgesamt nur in der Höhe bis zu einem Fünftel des Lohnes zulässig. Bei Akkordlohn sind bestimmte Vorschriften über das Messen der Förderung nach Umfang und Gewicht getroffen, ebenso regeln besondere Vorschriften die Verteilung des Lohnes bei Kolonnenarbeitern. Für die Schwefelgruben Siziliens ist es untersagt, daß eine Art Zwischenmeister den Gesamtlohn für die von ihm angestellten Arbeiter zusammen erhält, sondern der Lohn muß für jeden einzelnen Arbeiter gesondert berechnet und gezahlt werden. Die Unternehmer sind verpflichtet, Sicherheitslampen und Trinkwasser zu stellen. Falls nicht im Umfange von mindestens 5 Kilometern genügend Arbeiterwohnungen vorhanden sind, haben sie für genügende Wohnstätten in der Nähe der Werke zu sorgen. Für diese Schlaf- und Wohnstätten sind im Gesetz gesundheitliche Mindestforderungen aufgestellt. In Caltanissetta und in anderen vom Ministerium zu bestimmenden Orten werden öffentliche Arbeitsnachweise für Bergarbeiter errichtet, in deren Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen Sitz und Stimme haben. Arbeitsstreitigkeiten unterstehen dem gewerblichen Schiedsgericht und unterliegen den Bestimmungen des Gesetzes über die Schiedsgerichte. Die Durchführung des Gesetzes wird von der königlichen Bergbehörde, den Provinzialärzten und den örtlichen Polizeibehörden überwacht. Auf Verstöße gegen das Gesetz sind Strafen zwischen 5 bis 2000 Lire ausgesetzt.

Gewerbliche Rechtsprechung. Hat der Akkordarbeiter Anspruch auf dauernde Beschäftigung? Diese Frage hat das Gewerbegericht zu Gera am 3. April 1914 bejaht, wenn auch nicht unbedingt. Der Akkordvertrag sei eine besondere Art des Dienstvertrags, daher nach dem Dienstvertragsrecht zu beurteilen (§§ 611 ff. B. G. B.). Der Akkordarbeiter habe daher gegen den Arbeitgeber einen Anspruch auf dauernde Beschäftigung und, wenn er wegen Materialmangels feiern müsse, einen Lohnanspruch auch für die Feierzeit, vorausgesetzt allerdings, daß er den Arbeitgeber in Annahmeverzug gesetzt, also sich ihm gehörig zur Arbeit angeboten, dieser aber die Annahme der Dienste abgelehnt habe, §§ 615, 293 B. G. B. (Vgl. „Praxis des Gewerbegerichts", Berlin 1913 S. 147.) Indessen sei der Anspruch des Akkordarbeiters auf dauernde und volle Beschäftigung und der auf volle Lohnvergütung für die Feierzeit kein unbedingter. Vielmehr könne er nicht verlangen, daß er in Zeiten schlechten Geschäftsganges und geringer Beschäftigung seiner Branche „voll" beschäftigt und dementsprechend bei Arbeitsmangel „voll" entlohnt werde, wie in Zeiten voller Produktion. (Vgl. „Praxis des Gewerbegerichts", Berlin 1913 S. 148.)

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. Eine außerordentliche Generalversammlung der Chemnitzer Filiale tagte am 15. Mai im Volkshause. Folgende Tagesordnung kam zur Verhandlung: 1. Stellungnahme zu den an die Verbandsgeneralversammlung in Dresden gestellten Anträgen. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1914. 3. Bericht von der Gaukonferenz in Mittweida. 4. Neuwahl des Gauvorstandes. 5. Wichtige Bekanntmachungen über den Ausflug nach der Sächsischen Schweiz. 6. Sommerfeste betreffend. Referent zu Punkt 1 war Kollege G. Görner. Den Kassenbericht vom 2. Quartal gab Kollege J. Mehner. Kollege Meißner beantragte namens der Revisoren, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig geschah. Hierauf gaben die Kollegen A. Endler und P. Ludwig den Bericht von der Gaukonferenz in Mittweida. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Die Neuwahl des Gauvorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Kollege Florschütz machte hierauf wichtige Bekanntmachungen zu unserm Ausflug nach der Sächsischen Schweiz. Der Ausflug findet bestimmt am 19. Juli statt. Näheres erfahren die Mitglieder noch durch besondere Handzettel. Es werden die Teilnehmer auch hierdurch aufgefordert, ihre Fahrgelder bestimmt bis zum 1. Juli bei den Unterkassierern oder im Bureau einzuzahlen. Für später Einzahlende können keine Fahrkarten mehr besorgt werden. Unsere Sommerfeste finden in diesem Jahre am 14. und 21. Juni im „Volkshaus" statt. Kollege H. Florschütz teilte noch mit, daß an unserm zweiten Sommerfestsonntag zirka 600 Greizer Kollegen auf Besuch mittels Extrazuges nach Chemnitz kommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch die Mitglieder auf, sich zahlreich an den Diskussionsabenden zu beteiligen.

Crimmitschau. Die am 16. Mai im „Odeum" abgehaltene Mitgliederversammlung war schlecht besucht, ein Umstand, der nicht zur Hebung der Organisation beiträgt, auch läßt er ein großes Interesse der Mitglieder nicht verraten. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 9 Uhr. Der Kassierer gab die Abrechnung vom ersten Quartal 1914. Die Einnahmen betrugen 22 663,24 Mk., die Ausgaben 20 176,38 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 2486,86 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Beim dritten Punkt: Fachtechnischer Vortrag über: „Die Herstellung der Kammgarngespinste", wurde von dem Vortragenden dieses Thema in ausführlicher Weise behandelt. Durch Vorführung von Material und Zeichnungen erklärte er in leicht faßlicher und anschaulicher Weise den Werdegang der Verarbeitung von der rohen Wolle bis zum feinsten Gespinst. Der Vortrag fand den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Auf einige Fragen aus der Versammlung heraus gab der Vortragende bereitwilligst Auskunft. Ein Antrag, die beiden letzten Punkte von der Tagesordnung abzusetzen, wurde dann angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Elberfeld-Barmen. Drei gut besuchte Färberversammlungen fanden am Montag, den 11. Mai, im Lokale Engels und im Gewerkschaftshaus in Barmen, sowie im Volkshaus Elberfeld statt, welche sich mit den Lohnforderungen der Färber und der Antwort der Färbereibesitzer beschäftigten. Aus den Darlegungen der Referenten O. Strutz, R. Kollmann und W. Krohnen ging hervor, daß der Deutsche Textilarbeiterverband in einer Eingabe an die Organisationen der Baumwollfärberei- und Bleichereibesitzer beantragt hatte, den in den Baumwollfärbereien, Bleichereien usw. beschäftigten Arbeitern, gleich den Seidenfärbern, einen Wochenlohn von 26 Mk. zu gewähren. Das hätte eine Erhöhung des Mindestlohns um 1 Mk. bedeutet. Die Unternehmer haben jedoch durch den Verein der Färberei- und Bleichereibesitzer erklären lassen, daß sie in diesen schlechten Zeiten nicht in der Lage seien, eine Lohnerhöhung vorzunehmen. Es wird angegeben, daß durch den andauernd schlechten Geschäftsgang sämtliche Betriebe mit einer übergroßen Arbeiterzahl arbeiten und um Entlassungen zu vermeiden, würden schon Färbereiarbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt, eine Lohnerhöhung müßte daher zur natürlichen Folge haben, daß alle entbehrlichen Kräfte entlassen würden! Sie — die Färbereibesitzer — seien jedoch bestrebt, die Arbeiter auch in schlechten Zeiten durchzuhalten, und solange es nur eben anginge, würden sie von Entlassungen absehen. — Die Diskussionsredner fanden es unverständlich, daß eine so selbstverständliche Forderung, wie es die auf Gleichstellung in der Entlohnung sei, von den Färbereibesitzern abgelehnt wurde, da die Art der Tätigkeit dieselbe, aber in den Baumwollfärbereien weit anstrengender sei. Die Versammelten waren sich darin einig, daß, wie die Erfahrung gezeigt, ohne Kampf wohl kaum eine Besserstellung der Färber zu erreichen sei und daß man daher zu diesem unausbleiblichen Kampfe rüsten müsse. Nachfolgende Resolution wurde in den Versammlungen angenommen:

„Die am 11. Mai tagende öffentliche Färberversammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht des Referenten über die Eingabe an die Färbereibesitzer. Die Versammlung bedauert lebhaft die ablehnende Haltung der Färbereibesitzer; sie hält es für ganz selbstverständlich, daß eine Gleichstellung der Mindestlöhne für die Baumwoll- und Seidenfärber erfolgen muß und sieht den jetzigen Zustand der Minderentlohnung an die Baumwollfärber als unhaltbar, aber auch als nicht im Interesse der Färbereibesitzer liegend an.

Die Versammelten versprechen, alles daran zu setzen, daß die Organisation in den Betrieben lückenlos ausgebaut wird, damit es in kurzer Zeit mit Hilfe des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes möglich ist, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Färbereien durchzusetzen."

Frankenberg. Die am 23. Mai im „Tunnel" abgehaltene Mitgliederversammlung war leidlich besucht. Unter Punkt 1 waren 47 Anmeldungen und 11 Abmeldungen beziehentlich Uebertritte zu verzeichnen. Zu Punkt 2 berichtete Kollege Glauche von der Gaukonferenz in Mittweida in eingehender Weise, unter besonderer Berücksichtigung des gedruckten Geschäfts- und Kassenberichts. Die Versammlung war mit dem Verlauf der Konferenz und der Haltung der Delegierten einmütig einverstanden. Aus dem unter Punkt 3 vom Kollegen Enge zur Kenntnis gebrachten Kartellbericht ist zu erwähnen, daß am 30. August im „Kaisersaal" das diesjährige Gewerkschaftsfest stattfindet, ferner, daß auf Beschluß des Kartells die Grenzstreitigkeiten betreffs der Kollegen, die in anderen Berufen arbeiten, beseitigt werden sollen. Unter „Verschiedenem" gab Kollege Rokoff einen Ueberblick über den Stand der Gemeinsamen Krankenkasse und über die Haltung unserer Ausschußmitglieder, was mit Befriedigung aufgenommen wurde. Der für den 21. Juni geplante Ausflug findet nunmehr bestimmt am 12. Juli statt. Als Ziel sind die Greifensteine vorgesehen. In Anbetracht der intensiven Arbeit des Agitationskomitees wurde demselben einstimmig eine erhöhte Entschädigung bewilligt. Anschließend sei noch darauf hingewiesen, daß Sonntag, den 7. Juni, von nachmittags 4 Uhr an, im Gasthof zu Merzdorf aus Anlaß des zwanzigjährigen Bestehens unserer Filiale ein Tanzvergnügen stattfindet. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, an dieser und den übrigen Veranstaltungen rege teilzunehmen. Kolleginnen, Kollegen, die eingangs erwähnte Mitgliederzunahme haben wir der regen Hausagitation unseres Agitationskomitees zu danken. Sei ein jeder eingedenk der mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und organisiere und agitiere er eifrig mit, um so unseren Verband stetig zu fördern. Frisch ans Werk zu neuer Arbeit und neuen Erfolgen!

Görlitz. Hiesige Tuchfirmen suchen in hiesigen Blättern fortgesetzt Arbeitskräfte. Wir machen darauf aufmerksam, daß bei diesen Firmen die Arbeitsverhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. Das ist natürlich auch von den Organisationsverhältnissen bei diesen Firmen zu sagen. Ein Zeichen dafür, daß schlechtere Organisationsverhältnisse stets mit dem Mangel an Organisation Hand in Hand gehen. Wache man also dort endlich auf und schließe sich auch dort unserem Verbande an!

Geyer. Eine Mitgliederversammlung fand am 23. Mai im Konsum statt. Kollege Pfüller erstattete Bericht von der Gaukonferenz. An der Aussprache beteiligten sich zwei Kollegen. Den Kartellbericht erstattete Kollege Markert. In der Diskussion wurde gewünscht, daß die Delegierten im Kartell dafür eintreten, daß an den Stadtrat ein Gesuch in der Herbergsfrage gerichtet wird. Der Gauvorstand forderte auf, die Agitation lebhafter zu betreiben. Die Zeit ist gegenwärtig hierzu ungünstig. Am ersten Sonntag im Juli soll eine Bücherkontrolle vorgenommen werden. Die Kollegen und Kolleginnen mögen daher bis dahin ihre Bücher in Ordnung bringen. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Mitgliedern noch inniger zu gestalten, wurde beschlossen, am 28. Juni einen Ausflug nach Herold zu veranstalten. — Die nächste Versammlung soll in Tannenberg stattfinden.

Gronau i. Westf. (Die Wahrheitsliebe und persönliche Kampfesmethode des schwarzen Textilarbeiterverbandes.) Da der christliche Artikelschreiber unsere Richtigstellung, betreffend die unschöne Agitationsmethode, nicht anerkennt, vielmehr noch andere (unwahre) Behauptungen aufstellt, haben wir eingehende Ermittelungen veranlaßt und folgendes festgestellt: Es ist nicht wahr, daß sich einige unserer Kollegen für Vertrauensmänner des christlichen Textilarbeiterverbandes ausgegeben haben; es ist ferner nicht wahr, daß unsere Kollegen zu dem betreffenden Manne gesagt haben, es handle sich um eine christliche Verbandsversammlung. Der betreffende Mann hat in Gegenwart von vier Zeugen erklärt, die agitierenden Kollegen hätten ihm gleich gesagt, daß sie vom Deutschen Textilarbeiterverband seien und daß die betreffende Versammlung eine des Deutschen Textilarbeiterverbandes sei. Ferner erklärt der betreffende Mann, daß jener Unterkassierer noch Geld von ihm zu bekommen habe und sich nun dasselbe jederzeit bei ihm holen könne, nur wisse er nicht, ob es für eine Beitragsmarke oder das Eintrittsgeld sei, welches der Unterkassierer für ihn ausgelegt habe, in dem guten Glauben, daß er dasselbe bei der nächsten Kassierung wieder zurückerhalten würde. Wenn dann ein Unterkassierer schließlich nach mehr als dreimaliger Mahnung sein Geld verlangt, ist es ihm doch durchaus nicht zu verdenken. Aber die Notiz in der christlichen „Textilarbeiter-Ztg." ist dermaßen abgefaßt, daß ein jeder denken muß, die Geschäftsleitung habe mehreremal das Eintrittsgeld verlangt. Personen in solcher Weise zu verdächtigen, gehört wohl mit zur christlichen Agitationsmethode. — Wenn der Artikelschreiber ohne Namen sich noch herausnimmt, mir in mehr als schulmeisterlichem Tone Bescheidenheit zu predigen, so will ich dem Herrn folgendes darauf erwidern: Tatsache und nicht abzuleugnen ist doch, daß wir in unserem Verbande in der Filiale Gronau einen Teil Kollegen haben, welche die Entwickelung der Gewerkschaften hier von Anfang an mitgemacht haben und deshalb wohl mindestens ebensogut über die Gronauer Ecke informiert sind wie der Artikelschreiber es zu sein glaubt. — Im übrigen will ich den betreffenden Herrn darauf hinweisen, daß die Wiege der Gewerkschaftsbewegung doch wahrhaftig nicht im Münsterlande, am wenigsten in der Gronauer Ecke gestanden hat und man sich anderswo bereits gewerkschaftlich betätigt hat, als in Gronau noch keine Organisationen vorhanden waren. Wenn man mir des weiteren Vorlesungen darüber halten will, was der christliche Verband hier alles geleistet hat, so wollen wir das wohl anerkennen, aber unsere Mitglieder sind der Ansicht, daß sie auch ihren Anteil an den bisher erreichten Erfolgen haben und diese Erfolge nur möglich waren durch das gemeinsame Arbeiten. — Wenn der betreffende Artikelschreiber ferner von Phrasen und Schlagwörtern schreibt, so hat er jedenfalls beim Lesen unserer Notiz doppelt gesehen; wir können durchaus keine in dem Artikel finden. — Es scheint aber christliche Methode zu sein, die politische Gesinnung der Angestellten der freien Gewerkschaften in den Vordergrund zu stellen, um dann durch Schwenken des roten Lappens die noch rückständigen Arbeiter gruselig zu machen. Wenn der Artikelschreiber über politische Sachen streiten will, so mag er sich dazu andere Gelegenheiten suchen, wir werden dem nicht aus dem Wege gehen, aber hier heißt es, wie der Artikelschreiber selber anführt, praktische Gewerkschaftsarbeit leisten, und da, verehrter Herr, werden Sie uns stets auf dem Posten finden. Aber lassen Sie hierbei, bitte, die politischen Ansichten und die persönlichen Anrempelungen aus dem Spiel, damit kommen wir nicht vorwärts. — Hoffentlich werden die Christen die Sache nun noch einmal untersuchen und „richtigstellen"; für uns ist die Sache hiermit erledigt, wir werden auf jene Verleumdungen und persönlichen Anrempelungen nicht mehr antworten.

Hohenstein-Ernstthal. (Treue Mitglieder.) Die hiesige Filiale feierte am 16. Mai das zwanzigjährige Bestehen einer Textilarbeiterorganisation am Orte in einer recht würdigen und schlichten Feier im Gasthause „Zur Zeche". In seiner Festansprache streifte der Vorsitzende zunächst die Verhältnisse von vor 20 Jahren im Orte, die sich im Laufe dieser Jahrzehnte äußerst stark verändert hätten. Vor 20 Jahren noch eine sehr stark betriebene Hausindustrie, der man ewiges Leben prophezeite, und heute klappern die paar Handwebstühle ihrem letzten Ende zu. Redner streift dann kurz die lokalen Fachorganisationen im Reiche und die Gründung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in den Osterfeiertagen 1891 in dem Städtchen Pößneck in Thüringen. Kurz auf einige Beschlüsse des damaligen Kongresses eingehend und die damaligen Verhältnisse mit den heutigen in Vergleich stellend, fand er, es müsse ohne weiteres zugestanden werden, daß unsere Organisation nur segensreich gewirkt habe. Die Mitgliederzahlen des Deutschen Textilarbeiterverbandes seien im Anfange sehr bescheidener Natur gewesen. 1892 musterte man in der ersten Generalversammlung zu Elberfeld 3700 Mitglieder und in der zweiten Generalversammlung 1894 in Hof bereits 12 000 Mitglieder. Der Redner streifte dann die Gründung dieser Organisation im Orte, ihre gegen sie vom Gericht verhängten, vor dem Landgericht zu Zwickau mit einer Ausnahme aber wieder erlassenen Geldstrafen. Den losen Zusammenhang dieser Zahlstelle (Einzelmitglieder) beseitigte man dadurch, daß man 1899 die Filiale gründete. Was die Filiale in den 15 Jahren für die Textilarbeiter geleistet, sei auf alle Fälle anerkennenswert. Auf eines müßte besonders hingewiesen werden, was für alle diejenigen, die da glauben, daß sehr niedrige Beitragsleistungen ohne weiteres auch einen hohen Mitgliederstand bedingen, lehrreich ist. Zwölf Jahre lang schwankte unsere Mitgliederzahl zwischen 110 und 160. Nur seit 1907 ist ein stetiges Wachsen zu verzeichnen, trotz höherer Beiträge. Schwankungen solcher Art wie früher sind nicht mehr zu verzeichnen, denn heute habe die Filiale über 500 Mitglieder. Aus jener Gründungsperiode ist uns aber eine den Verhältnissen entsprechende große Anzahl von Kollegen treu geblieben. Als Gründer kamen Bruno Hillig-Hohenstein-Ernstthal sowie Gustav Seltmann-Oberlungwitz in Betracht. Chronologisch sind die nachstehenden Mitglieder der Reihe nach eingetreten: Paul Wetzel, Bruno Hillig, Max Heinig, Robert Wolf I, Gottlieb Höhn, Albert Röhner, Robert Wolf II, Hermann Böttger, Max Mothes, Julius Seifert, Alfred Goldschadt, Fritz Emmrich, Frau Alma Vogel, Louis Häußler, Kurt Arnold, Emil Wagner und Emil Berthel. Der Redner dankt diesen Jubilaren für ihre außerordentliche Gewerkschaftstreue, jedenfalls hätten dieselben den Bibelspruch: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst", praktisch befolgt, denn alles, was die Mitglieder einer Organisation erringen, kommt auch anderen zugute, die uns heute bedauerlicherweise gleichgültig oder gar noch feindlich gegenüberstehen. — In das dreimalige Hoch auf die Jubilare stimmte man begeistert ein, worauf man nach einem mustergültigen Konzert und darauffolgendem Ball noch angenehme Stunden verlebte.

Köln a. Rhein. (Textilarbeiterelend.)

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer;
Hier werden Seufzer viel gezählt
Als Zeugen von dem Jammer!

So ließ Gerhart Hauptmann die verzweifelnden Eulengebirgsweber ihr Elend in grellen Farben schildern, als er sein großes Drama „Die Weber" schuf. Um Weberelend, um Textilarbeiterelend überhaupt in seiner erschütternden Realistik zu schauen, braucht heute nicht mehr allein auf Schlesien verwiesen zu werden. Die verwüstende Tendenz des Kapitalismus, die Gier nach Mehrwert, drückt rücksichtslos der Arbeiterschaft überall dort, wo nicht gewerkschaftliche Vereinigung sich den Ausbeutungstendenzen des Kapitalismus entgegenstemmte, ihren Elendsstempel auf. Im äußersten Süden Kölns, in der Nähe des historischen Bayenturms, liegt die Kölner Baumwollspinnerei und -weberei. Weit über 700 Arbeiter und Arbeiterinnen fronen hier Tag für Tag unter Arbeitsbedingungen, die man geradezu als skandalös bezeichnen muß. Wer Gelegenheit hatte, bei Fabrikschluß die müden, entnervten Proleten, die in dumpfer Resignation sich in ihr Elend gefügt und den Glauben an eine bessere Zukunft längst aufgegeben haben, zu beobachten, der wird unwillkürlich an die naturalistischen Schilderungen Zolas in seinem Bergarbeiterroman „Germinal" erinnert. Nach Erhebungen, die der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Köln, unlängst veranstaltete, sind die Lohnverhältnisse in diesem Betrieb äußerst schlecht. Aber trotzdem wird von der neuen Leitung des Unternehmens neuerlich versucht, die ohnehin knappen, nicht zur Bestreitung der allerprimitivsten Lebensverhältnisse reichenden Löhne noch weiter zu reduzieren. So wurde bei den Hasplerinnen eine besondere Vergütung wieder abgeschafft, die schon seit zwei Jahren eingeführt war und pro Tag 25 Pf. ausmachte. Bei den Fleierinnen und Streckerinnen mußten infolge der schlechten Qualitäten, die verarbeitet werden, die Maschinen auf langsamen Gang gesetzt werden, wodurch natürlich ebenfalls eine empfindliche Minderung des Lohnes eintrat. Wie tieftraurig die Lohnverhältnisse in der Baumwollspinnerei und -weberei liegen, lehrt folgender bezeichnender Vorfall: Kürzlich hatte eine Frau, die nebst ihrem Manne im Betriebe arbeitet, den Versuch gemacht, sich im Abort zu erhängen; ihr Vorhaben war aber noch rechtzeitig bemerkt worden, und so konnte die Bedauernswerte gerettet werden. Wegen ihres Tuns zur Rede gestellt, erklärte das arme Weib unter Tränen, daß sie des immerwährenden Elends und des Hungers überdrüssig gewesen sei, sie hätte ihrem Jammer ein Ende bereiten wollen. Bei der letzten Lohnzahlung habe sie trotz fleißigster Arbeit mit ihrem Mann zusammen noch keine

18 Mk. verdient; von dieser Summe seien auch noch Abzüge gemacht worden! Achtzehn Mark für zwei erwachsene Menschen als Entlohnung für sechstägige, fleißige Arbeit in staubgeschwängerten Fabrikräumen! Ob die Leitung des Betriebs sich nicht einmal die Frage vorlegt, wie mit solchem Jammerlohn bei den teuren Kölner Verhältnissen eine Arbeiterfamilie existenzfähig bleiben kann? — Zur lebhaften Kritik fordern auch die Zustände in den Fabrikwohnungen heraus. Die Wohnungen sind in hygienischer und räumlicher Beziehung durchaus ungenügend. Auf einem Zimmer hausen Mann, Frau und zwei Kinder; eine Frau mit sieben Kindern „bewohnt" ebenfalls nur ein Zimmer. Die Frage ist nicht unberechtigt, wo angesichts solcher Wohnungsverhältnisse die Kölner Wohnungsaufsicht bleibt. Die von der neuen Direktion in letzter Zeit vorgenommenen rigorosen Lohnreduzierungen scheinen endlich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Baumwollspinnerei und -weberei zum Nachdenken über ihre schlechte wirtschaftliche Lage gebracht zu haben. Neulich fand im großen Volkshaussaale eine gut besuchte Betriebsversammlung statt, die sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Betriebes befaßte. In einer Entschließung wurde der Deutsche Textilarbeiterverband beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Mißstände im Betrieb zu beseitigen. Der Organisation schlossen sich in der Versammlung fast alle anwesenden Unorganisierten an; weitere Neuanmeldungen laufen bei der Organisationsleitung täglich ein, sodaß zu hoffen ist, daß endlich durch ein gutes Organisationsverhältnis in der Kölner Baumwollspinnerei und -weberei die Organisationsleitung Gelegenheit nehmen kann, mit aller Entschiedenheit dem ihr gewordenen Auftrage nachzukommen.

Lauban. Textilarbeiter, die Augen auf! Im hiesigen „Tageblatt" befindet sich in Nr. 123 ein Inserat folgenden Inhalts: „Weberei in Lauban mietet für ihre Arbeiter Wohnungen, eventuell ganze Häuser." Dieses Inserat soll ganz und gar dazu angetan sein, Arbeiter, falls es der betreffenden Firma, die ihren Namen verschweigt, gelingen sollte, derartige Massenlogis zu pachten, für immer an den Betrieb zu fesseln. Wagen es derartige Arbeiter dann, wenn sie sich in diesen Wohnungen befinden, von den ihnen zustehenden gesetzlichen Rechten, in erster Linie vom Koalitionsrecht, Gebrauch zu machen, so fliegen sie auf die Straße und müssen dann auch sofort die vorher so verheißungsvoll gepriesenen Wohnungen räumen. Darum, Textilarbeiter und -arbeiterinnen, gebt acht, wenn Euch derartige Arbeitsangebote mit Fabrikwohnungen gemacht werden, es sind Leimruten; darum die Augen offen.

Leipzig. (Spinnerversammlung.) Am 10. Mai tagte im Nickau's Brauereiausschank in L.-Gohlis eine gutbesuchte Sektionsversammlung. Kollege Pätz nahm das Wort zu einem Vortrag über „Baumwolle und Verarbeitung derselben". Es gibt drei Arten von Baumwolle, nämlich die vom Baum, Strauch und Kraut. Die Wolle vom Kraut ist die minderwertigste, was ja leicht verständlich ist bei dem vielen Unrat, der ihr anfliegt. Die eigentliche Heimat der Baumwolle ist Ostindien, aber auch in Aegypten wird sehr viel gebaut. Die Aussaat geschieht im Monat März in lockeren sandigen Boden. Die Plantagen bleiben in der Regel drei Jahre bestehen und werden dann wieder erneuert. Die Blüte gleicht der unserer Obstbäume; ist sie verblüht, so bilden sich Kapseln, welche nach der Reife von Arbeitern gesammelt werden. Diese Kapseln kommen auf einen Rost, unter welchem sich kreissägeartige Klauen befinden, die die Wolle aus den Kapseln herauszupfen. Die Wolle wird, zu Ballen gepreßt, nach allen Spinnereiorten der Welt versandt. Dort angekommen, werden die Ballen zerhackt und kommen in den Ballenbrecher, wo die erste Mischung vor sich geht. Von hier aus geht es nun von einer Maschine zur anderen, bis die Wolle vollständig rein und gestreckt ist, um auf der Spinnmaschine Verwendung zu finden. — In der Diskussion, welche sehr rege war, wurde allgemein gewünscht, es möchten derartige Vorträge recht oft gehalten werden. Unter Verschiedenem richtete Kollege Werner die Anfrage an die Versammlung, wie sich ein Kollege zu verhalten hat, wenn ihm der Meister die Maschine abstellt. Auch diese Frage wurde Gegenstand einer langen Diskussion. Es wurde den Kollegen ans Herz gelegt, stets den Instanzenweg einzuhalten. Ein Antrag des Kollegen Lässig, die Ferienfrage betreffend, sowie ein zweiter des Kollegen Richter, einen Ausflug mit der Jugend zu veranstalten, wurden ohne Debatte angenommen.

Neudamm. Eine Branchenversammlung der Weber, in der alle Betriebe vertreten waren, fand am Mittwoch, den 13. Mai, im „Kaiserhof" statt. Der Gauleiter F. Kotzke sprach über die Zweckmäßigkeit der Einführung von Schußuhren. Der Redner führte aus, daß in anderen Industriezweigen in allen Orten die gleiche Berechnung der gelieferten Arbeit üblich sei; in der Textilindustrie, in der Weberei dagegen könne man sich nicht daran gewöhnen, in allen Orten die gelieferte Arbeit einheitlich zu berechnen. Während man in einzelnen Orten nach Schmitz rechne, rechne man in anderen nach Stücken oder Strähnen. Um nun eine einheitliche Lohnberechnung anzustreben, sollte man in allen Orten Schußuhren verlangen, da durch diese die Berechnung in der Weberei am gerechtesten durchgeführt werden könne. Da nun in Neudamm in letzter Zeit auch Klagen laut geworden sind über ungleiche Bezahlung der Weber, so sei es angebracht, auch hier die Einführung von Schußuhren anzustreben. — In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich etliche Weber im Sinne des Referenten aus. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Sache weiter zu verfolgen. Es soll zu diesem Zwecke bald an einem noch näher zu bezeichnenden Tage eine Versammlung aller Weber stattfinden. Es wird nun Pflicht aller Weber und Weberinnen sein, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Beerberg (Kreis Lauban). Die Lohnverhältnisse der Meyer-Kaufmannschen Textilwerke A.-G. Beerberg sind bekanntlich nicht die besten. Weil aber die hiesige Betriebsleitung weiß, daß nur wenige Arbeiter des Betriebes organisiert sind, so wird jetzt auf neu eingeführte Sorten ein Lohn gezahlt, der diese Bezeichnung kaum verdient. So kommt jetzt eine Weberin auf einem Stuhl pro Stunde auf sage und schreibe 4—5 Pf. Vor kurzem wurde wieder eine Lohnreduktion von 10—15 Pf. pro Stück vorgenommen. Die Betriebsleitung hat es auch verstanden, pro Stück der neuen Ware 25 Pf. weniger zu zahlen als den Webern zukommen sollte. Schon seit längerer Zeit ist die Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag ausgedehnt. Der Geschäftsgang in diesem Betriebe steht auf dem Höhepunkt, und daher sucht die Leitung in verschiedenen Zeitungen Weber. Unter den obwaltenden Umständen werden sich wohl nicht allzuviele einfangen lassen. Niemand will doch bei aller Arbeit hungern.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 7. Juni, ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

Gau 1. Varel-Zetel. V und K: B. Rawert, Varel in Oldenburg, Osterstraße 70.

Gau 6. Ludwigshafen-Mannheim. V, K und Geschäftsführer: Alfred Riedel, Ludwigshafen a. Rh., Wittelsbacher Straße 34.

Gau 9. Marktredwitz. K: G. Wirth, Dörflas bei Marktredwitz, Hauptstraße 51b.

Gau 11. Riesa. V und K: Joh. Wenig, Neuweida bei Riesa, Riesaer Straße 10.

Gau 13. Forst. Der Vorsitzende ist zu streichen.

* * *

Die Geschäftsführerstelle in Ludwigshafen-Mannheim ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. Gewählt ist der Kollege Alfred Riedel, Forst. Die Verwaltung.

Geyer. Die letzte Mitgliederversammlung hat beschlossen, am 5. Juli die Mitgliedsbücher einzuziehen. Die Kollegen und Kolleginnen werden deshalb ersucht, ihre Bücher bis dahin in Ordnung zu bringen. Die Ortsverwaltung.

Grimma. Lokalgeschenk wird hier nicht mehr gezahlt.

Schiltach. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Alfred Hauer aus Schiltach, eingetreten am 26. November 1911 in Schiltach, ist abhanden gekommen. Bei seinem Auftauchen wolle man es anhalten und der Zentrale einsenden.

* * *

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

Gau 3 (Krefeld): Paul Vater, M.-Gladbach, Königstr. 13.

Gau 5 (Mülhausen i. Els.): Josef Gsell, Mülhausen i. E., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).

Gau 7 (Augsburg): Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.

Gau 8 (Gera): Tarifkommission, Gera (R.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.

Gau 9 (Plauen i. V.): Tarifkommission für den Bezirk Oberfranken, Max Raithel, Hof i. B., Lorenzstr. 23.

Gau 11 (Neugersdorf): Gustav Flammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.

Gau 12 (Liegnitz): Hermann Teichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.

Gau 13 (Berlin und Vororte): Tarifkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Max Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.

Greiz und Umg.: Geschäftsstelle, Greiz, Breuningstr. 12. Sonnabends nachmittags von 4—5 Uhr.

Bielefeld. Tarifkommission für Plüschweberei: Rudolf Strate, Stieghorst Nr. 155, bei Bielefeld.

Elberfeld. Tarifkommission für Moquette, Plüsch und Gobelin: Franz Braun, Sedanstraße 49.

Hameln a. W. Tarifkommission der Teppich- und Rutenweber: Heinrich Albert, Hameln a. W., Kupferschmiedestr. 2.

Mylau-Netzschkau. Geschäftsstelle: Mylauer Straße 28 I, Auskünfte Freitags abends von 6—8 Uhr.

Reichenbach i. V.: Geschäftsstelle, Reichenbach i. V., Weststr. 3.

Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohntarifen usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder:

Bärenstein. Alfred Kahle, Knopfdreher, 52 Jahre alt — Lungenkrankheit.

Berlin. Karl Michel, Weber, 54 Jahre alt — Herzschlag.

Braunschweig. August Lämmerhirt, 60 Jahre alt — Unfall.

Crimmitschau. Am 19. Mai Hedwig Schmiedel, 30 Jahre alt — Lungenleiden.

Colmar. Ludwig Gresser, 72 Jahre alt — Schlaganfall.

Finsterwalde. Wilhelm Krause, Spinner — Lungenkrankheit.

Greiz und Umgegend. Am 20. Mai Gustav Reuther, 52 Jahre alt — Schwindsucht; am 27. Mai Anton Seifert, Weber, 65 Jahre alt — Lungenleiden.

Grüna. Am 25. Mai Walter Spindler, 22 Jahre alt — Unglücksfall (beim Baden ertrunken).

Kirchberg. Albert Hilbig, 19 Jahre alt — Herzrheumatismus.

Kottbus-Sachsendorf. Wilhelm Pampe, Weber, 49 Jahre alt — Lungenleiden.

Landeshut. Eva Wohlfahrt, Putzerin, 32 Jahre alt — Brustkrankheit.

Mittweida. Karoline Zwingler, 38 Jahre alt — Entbindungsfolgen.

Vegesack. Am 20. Mai Johannes Heuer, Arbeiter, 41 Jahre alt — Stirnhöhlenvereinterung (Operation).

Ehre ihrem Andenken!

Streikfalltafel.

(Die Meldungen für die Streikfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

In **Bewegung** befinden sich:

Ansetzer, Spinner und Aufstecker in:

Gröba bei Riesa a. E. (Baumwollspinnerei).

Weber, Färber, Bleicher in:

Elmshorn (Mechan. Weberei, Färberei und Bleicherei).

Plüschweber in:

Bernau (Lohndifferenzen).

Spitzenweber in:

Grimma (Birkigt).

Seiden- und Stoffdrucker in:

Schweiz.

Weber in:

Bad Lausick (Koch).
Elmshorn (Mech. Weberei, G. m. b. H.).
Cunewalde (W. Kalauch).
Landeshut (Seidenweberei).

Trikotagenarbeiter in:

Limbach i. S. (E. Winkler).

Handschuharbeiter in:

Asch i. B.

Aus **sonstigen Gründen** sollen Zuzug unterlassen:

Kurbelsticker nach:

Berlin.

Bandweber nach:

Apolda.

Färber und Wäscher nach:

Berlin, Schweiz.

Spinner, Anmacher, Aufstecker nach:

Bietigheim.
Osnabrück und Rheine (F. A. Hammersen, Baumwollspinnerei und -weberei).

Seidenweber nach:

Landeshut (Seidenweberei der Firma P. Methner).

Plüsch- und Teppichweber nach:

Berlin.

Stoffdrucker nach:

Penig.
Ebersbach i. Sa. (Wünsches Erben).

Handschuhzuschneider nach:

Limbach.

Gummibandwirker nach:

Barmen (Aug. Kehrenberg).

Gummibandweber nach:

Wien.

Spitzen-, Gardinen-, Tüllweber nach:

Kalisch (Russisch-Polen).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach:

Neustadt a. Orla, Brandenburg a. H., Hamburg, Hameln, Kassel, Luckenwalde, Oederan, Offenbach am Queich, Reichenbach i. V., Forst i. L., Hohenstein-Ernstthal (Wilh. Ende), Barth an der Ostsee, Säckingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (C. G. Thomas, Decken- und Scheuertuchweberei).

Posamentierer nach:

Berlin.
Kopenhagen (Winström, Westergade 10).

Bandwirker und Arbeiterinnen nach:

Fürth (Firma J. Heymann).

Stoffhandschuharbeiter nach:

Asch in Böhmen (Eisenschimmel u. Co.).

Textilarbeiter überhaupt nach:

Spremberg N.-L., Hannover.
Duisburg.

Da in Riesa-Gröba und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streikfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt.

Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stamm-Nummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Posamentierer.) **Jeden Sonnabend, abends** von 6—8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Dekateure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ecke Inselstraße: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lehderstr. 5: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Elste, Wallstr. 32—33: **Zahlabend und Besprechung von Branchenangelegenheiten.**

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Waldstraße 12 bei Schleemann.

Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79 bei K. Döhling.

Berlin. (Für Neukölln.) Zahlstelle: Zietenstr. 69 bei Kramer.

Berlin. (Für Britz.) Zahlstelle: Kirchhofstr. 41 bei Wolff.

Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87, bei H. Poczontek.

Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Pücklerstr. 2.

Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffchensticker und des Hilfspersonals.) Jeden Sonnabend, abends von 8½ bis 10 Uhr, bei Friedrich Voß, Weberstr. 6.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Zahlstelle: „Volkshaus" (Restaurant), Rosinenstraße 3.

Blumenau. Mittwoch, 17. Juni, abends 8 Uhr, bei Hennig.

Bolkenhain. Sonntag, 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Burg" in Schweinhaus.

Bunzlau. Sonnabend, 13. Juni, in der „Fichte".

Eibenstock. Montag, 15. Juni.

Elsterberg. Dienstag, 9. Juni, im „Elstergarten".

Erfurt. Freitag, 12. Juni, abends 8½ Uhr, im „Tivoli", Magdeburger Straße 51.

Erzingen. Sonnabend (Samstag), 13. Juni.

Freiberg. Sonnabend, 13. Juni, abends 8½ Uhr, in der „Union".

Görlitz. Sonnabend, 20. Juni, im „Felsenkeller", Sonnenstraße 5.

Langensalza. Sonnabend, 13. Juni, im „Oberen Felsenkeller".

Leisnig. Freitag, 12. Juni, bei Schatz.

Neustadt a. Orla. Freitag, 12. Juni, abends 8 Uhr, im „Waldschlößchen".

Nowawes. Jeden Freitag, abends 8—9 Uhr, bei Hiemke, Wallstraße 55: **Zahlabend.**

Nördlingen. Sonnabend, 13. Juni, abends 7½ Uhr, im „Silbernen Lamm".

Roßwein. Sonnabend, 13. Juni.

Wittstock a. Dosse. Sonnabend, 13. Juni, abends 8½ Uhr, bei Löbermann, Pritzwalker Vorstadt.

Wunsiedel. Sonnabend (Samstag), 13. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim". (Außerordentl. Generalversammlung.)

Wüstegiersdorf. Mittwoch, 17. Juni.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

„Textil-Praxis"

Fachtechnische Zeitschrift für Textilarbeiter

Bringt belehrende Artikel aus allen Zweigen der Textilindustrie

Erscheint monatlich einmal. Abonnement pro Nummer 20 Pf., Vierteljahr 60 Pf. — Damit in der Zustellung der Julinummer keine Verzögerung eintritt, sind Bestellungen auf das dritte Quartal **sofort** bei der Ortsverwaltung oder dem Unterkassierer aufzugeben. — Bei Neuabonnement können die seit dem 1. Januar erschienenen Nummern direkt durch die Expedition der **„Textil-Praxis"**, Berlin O. 27, Andreasstraße 61 II, bezogen werden.

Die „Textil-Praxis" muß in jeder Textilarbeiterfamilie gelesen werden.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 6. Juni.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit ✡ versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.